

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

7.11.1923 (No. 307)

Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Verantwortlich: Hermann v. Voet. Verantwortlich für Volkshilf: Erik Ehrhard; für den wirtschaftlichen, baulichen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Heuilettion: Hermann Feld; für die "Pyramide" Karl Böger; für Infotexte: Heinrich Schleiter, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag: C. B. Müller, Karlsruhe, Mitterstr. 1. Berlin-Kabaktion Dr. Richard Fügler, Berlin-Sankt-Hilf, Mosartstr. 87. Telefon-Bureau 428. Für wertvolle Manuskripte der Druckerei übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beiläufig ist. Erscheinende der Redaktion: 11-12 Uhr mittags.

120. Забра.

Mittwoch, den 7. November 1923

Mr. 307

**Unruhestifter und Gerüchte-
macher.**

Am Montag war die Luft in Berlin — und auch in anderen deutschen Städten — mit Alarmnachrichten aller Art gefüllt. Von allen Seiten konnte man hören, der Selbstschutz sei mobil gemacht worden und der Bürgerkrieg heiße vor der Thür. Dieser Unruhebasillus liegt seit ein paar Wochen schon in der Luft. Besonders willkommene Nahrung hatte er am Sonnabend durch eine Meldung des „Vorwärts“ gefunden. Das Blatt behauptete, Bahr habe die bayerische Regierung gestürzt und der Regierung in Berlin ein Ultimatum gestellt: Tritt zurück oder ich mache marshalliren. Von diesem Spuk blieb bei näherem Zusehen nichts übrig. Trotzdem aber unterliegt es keinem Zweifel, daß die Lage unter dem Druck einer ersten Spannung steht.

Nach Mittheilungen aus amtlicher Stellen, sowie in den verschiedenen Kampfbündnissen kräftig am Werk sein, die auf einen gewaltsamen Sturz der Regierung hinarbeiten, um an ihrer Stelle eine verfassungswidrige Diktatur zu errichten. Besonders Beunruhigung verursacht die bevorstehende Wiederkehr des Revolutionstages. Der November wird in Thüringen als gefeierter Feiertag begangen und es ist immerhin die Frage, ob man diesen Revolutionsfestern nicht wenig zuzusehen werden.

Dies zu einem gewissen Grade kann uns die Erfahrung trösten, daß zu einem bestimmten Termin angelegte Revolutionen und Putschversuche nicht zugehen pflegen. Aber man weiß natürlich nicht, ob diese alte Erfahrung auch diesmal bestätigt werden wird. Deshalb ist es durchaus möglich, wenn die Reichsregierung alle Vorbereitungen getroffen hat, um etwaigen Putschversuchen entgegenzutreten. Die Desinfektion kann verhindert sein, daß die Wuchsmittel der Reichsregierung im Bedarfsfalle mit wünschenswerter Energie eingeleitet werden.

Ganz unverantwortlich aber ist es, wenn auch hier die Gerüchtemacherei wieder ihr unaufhörliches Treiben treibt, und weit vom Schuß, alles wissen will. Wie die neuesten Meldungen zeigen, herüber die Nachrichten über das Vordringen bayerischer irregulärer Truppen über die Thüringer Grenze auf reiner Erfindung. Das Wehrfreischwaben-Commando Stuttgart bekräftigt die starken Uebertreibungen auch amtlicher Stellen, die „von ihrer eigenen Regierung nach sorgfältiger Nachprüfung an Ort und Stelle wider-
rufen werden mußten.“ Dagegen ist es nur aus-
gesprochen, wenn von Seiten der Reichsregierung auch neuerdings wieder alles geheißen ist, um Ruhe und Ordnung sicherzustellen. Geien mit-
tes indes darüber klar, daß dieses Ziel nicht mit Kanonen und Kavallerie zu erreichen ist, sondern nur, wenn jeder in loyaler Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflichten für Ruhe und Ordnung eintritt und es vermieden, einzeln in die stark geladene Atmosphäre dieser Tage Brennstoff falscher Gerüchte und starker Uebertreibungen zu tragen. Ein solches Handeln wird sich nicht minder als ein Vergehen gegen der Volksgemeinschaft charakterisieren, als Taten oder Unterlassungen, die auch auf anderen Gebieten sich gegen Gesetz und Recht, oder vielmehr Pflichten anzuheulen suchen.

Wir lassen anschließend die letzten, hierüber vorliegenden Meldungen folgen.

Die Lage an der Nordgrenze Bayerns.

Ein Bericht des zuständigen Wehrkreis-
kommandos.

Berlin, 6. Nov. Dem Inhaber der vollziehenden Gewalt in Thüringen, Generalleutnant Reinhardt, der dort bisher nur über geringe Truppenkräfte verfügte, sind mehrere Batterien und Schwadronen als Verstärkungen zugeführt worden, um ihm zu ermöglichen, für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung unter allen Umständen zu sorgen und die Durchführung seiner Anordnungen zu gewährleisten.

Das Bezirkskommando 5 teilt mit: Liebe Annehmungen von Kampferbänden an der bayerischen Nordgrenze werden auch thüringischer Quelle flammende beunruhigende und stark übertriebene Nachrichten von amtlichen Behörden verbreitet. Solche Alarmmeldungen amtlicher hoher Organe, die von ihrer eigenen Regierung nach sorgfältiger Nachprüfung an Ort und Stelle demontiert werden mußten, sprechen u. a. von der Aufstellung von vier Infanterieregimentern und großer Artilleriemaschinen, sowie von der Aufstellung von Batterien sogar auf thüringischem Boden in den eigenen Bezirken der meldenden Behörden und dergleichen. Tatsächlich steht, wie eine sorgfältige Nachprüfung ergeben hat, lediglich bayerische Landespolizei, allerdings verstärkt durch 2000 Mann Hilfspolizei, die den ortsnahen anständigen Organisationen entnommen sind, an der Grenze. Das Bewegungen von Truppen des Bezirkskommando 5 an der thüringischen Südgrenze statgefunden haben, ist unrichtig.

Ebensowenig stehen Reichswehrruppen der 7. (bayerischen) Division an der bayerischen Nordgrenze.

Berlin, 6. Nov. (Drahtbericht.) Nach einer Mitteilung der „B. Z. u. M.“ aus Weimar sind alle Meldungen über ein Vordringen bayerischer irregulärer Kampfverbände gegen Thüringen nichts als wilde Gerüchte ohne jede tatsächliche Grundlage.

Die Bewegung der Reichswehr in Sachsen.

Dresden, 6. Nov. Das Wehrkreiskommando 4 teilt mit: Die zurzeit in der Gegend von Chemnitz, Zwickau und Verbau stehenden Truppen werden in den nächsten Tagen zum Teil von dort weggezogen. Die Reichswehr wird nummehr über das ganze Gebiet des Freistaates Sachsen verteilt werden, um die Ruhe und Ordnung auch in Zukunft aufrecht zu erhalten. Durch Zuteilung von Kraftwagenverbänden ist dafür Sorge getragen, daß die Reichswehr, wenn die Lage es erfordert, auch in Gegenden, die von ihrem Standquartier entfernt liegen, schnell verschieben werden kann. Der Befehlshaber wird im engen Einvernehmen mit der Zivilbevölkerung handeln.

Immer noch Beratungen.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-
brachtet:

Auch der Dienstag hat trotz mancherlei Fraktionskämpfen eine Aenderung der innenpolitischen Lage nicht abgebracht. Man berät und berät, aber man kommt zu keinem entscheidenden Beschluß. Der „Bormärz“ verlangt nach einer Regierung, die die Republik verteidigt, wenn notwendig auch in einem Kampf auf Leben und Tod. Bei einem Teil der Demokraten besteht offenbar der Wunsch nach Herstellung einer Regierung aus Zentrum, Sozialdemokratie und Demokraten. Der Demokratische Zeitungsdienst, das Nachrichtenblatt der Demokratischen Partei, sagt in einem Artikel:

„Wenn die Gemisheit gegeben werden kann, daß die vornehmste Aufgabe der Stunde rücksichtslosste Einziehung aller Kräfte zur Verteidigung der Republik und der Staatsautorität von der neuen Regierung tatkräftig gefördert werden soll, dann wird sich auch die Demokratische Partei ihrer staatsverhaltenden Pflicht nicht entziehen. Wenn aber die Gründe für Besorgnisse nicht beseitigt werden, wenn der Kurs nach rechts gesteuert wird und wenn den reaktionären Gewalten nicht mit aller Rücksichtslosigkeit entgegengetreten wird, dann wird die Demokratie die Verantwortung nicht mit übernehmen können.“

Zwischen versucht das Kabinetts sein
Arbeit fortzusetzen. An erster Stelle steht die
Führungssfrage. Auch am Dienstag haben
im Finanzministerium weitere Beratungen über
die Möglichkeiten zur Einlösung der Papier-
mark stattgefunden. Die für Dienstag ange-
kündigte Veröffentlichung des Einlösungskurses
ist noch nicht zu erwarten. Bis jetzt liegen drei
Vorschläge vor: der eine geht dahin, die Papier-
mark zu einem bestimmten Kurs in Renten-
mark umzutauschen; der zweite sieht Umtausch
in eine besondere Goldanleihe vor; der dritte
Vorschlag geht dahin, für den Umtausch eine be-
sondere Gold- und Devisen-Konversionskasse zu
schaffen. Dies würde allerdings nur möglich

tein durch eine neue Devisenabgabe der Privatwirtschaft und durch Veranziehung der Reichsbank und der übrigen Notenbanken. Welche von den drei Vorschlägen verwirklicht wird, steht noch nicht fest. Man fürchtet einerseits, das Goldanleihe und Rentenmark zu sehr mit der Erbschaft der Papiermark belastet werden; andererseits wird es bei Errichtung einer besonderen Konversionskassse sehr schwer sein, bis zum Erscheinen der Rentenmark die nötigen Mittel zur Auffüllung der Kassse beizubringen, da bis zur Ausgabe der Rentenmark noch mit einer großen Steigerung der Papiergeldausgabe zu rechnen ist. Dadurch würde sich ein nicht geringer Umlaufverbreit ergeben, besonders wenn man an dem jetzigen Kurs von 100 Milliarden Papier = 1 Goldmark als Stabilisierungskurs festhalten will. Auch hier ist alles noch in der Schwebe, und Beschlüsse sind vielleicht erst heute zu erwarten.

Die Rentenmark.

Berlin, 6. Nov. (Drahtber.) Mit der Herstellung der Rentenmark ist schon vor Inkrafttreten der beir. Verordnung begonnen worden. Die Befähigung der Reichsdruckerei und der mit ihr zusammenarbeitenden Privatdruckereien mit der Verfertigung der Reichsbanknote und des Goldanleihe, hat die technische Möglichkeit erheblich eingeschränkt. Es ist ferner auch zu bedenken, daß die Herstellung eines so hochwertigen Zahlungsmittels große Vorrichtungsmaßnahmen erfordert. Die erste Menge ist am 30. Dez. fertig gestellt worden, ein Betrag von 150 000. Am 31. Oktober war die Summe auf 450 000 gestiegen, am 5. November auf 17 750 000, am 12. November sollen es 105 000 000 und am 15. November soll eine Summe von 244 000 000 Rentenmark hergestellt sein. Auch die Herstellung der Rentenmarkzettel ist in die Wege

geleitet. Die Berliner Münze wird, nachdem alle Vorarbeiten unter Inanspruchnahme der Industrie getroffen sind, noch diese Woche mit der Prägung beginnen. Der Tag der Ausgabe der Rentenmark läßt sich noch nicht mit Sicherheit bestimmen, weil eine sorgsame Verteilung über das ganze Reich vorgenommen werden muß. Man darf aber damit rechnen, daß Rentenmark und Rentenpennia sehr bald in den Zahlungsverkehr eindringen. Am gleichen Tag, an dem mit der Ausgabe der Rentenmark begonnen wird, hört die Inanspruchnahme der Reichsbank durch Creditaufnahme der Reichsregierung auf, mit der weitgehenden Bedeutung, daß die Inflationsquelle verkorkt wird und die Tätigkeit der Notenpresse stillgelegt wird.

Andauernde Plünderungen in Berlin.

Berlin, 6. Nov. (Drahtber.) Die Plünderungen und Krawalle im Scheunenviertel lebten heute in den späten Nachmittags- und Abendstunden erneut wieder auf. Am Mittag haben in Charlottenburg Plünderungen stattgefunden. Die Plünderungen von Geschäften, die im Westen von Berlin, insbesondere in Charlottenburg einsetzen, deuten auf eine gewisse Plamäßigfeit hin. Am Anie in der Nähe der Tammienstraße, in der Uhländstraße und am Hohenfollerndamm bildeten sich Züge von Ernberbslojen, die dem Wittenbergplaze zuhrömten. Die Polizei griff überall ein und gestreute mit Hissen von Veretichsftskommandos, die auf Rakstkrwagen bereiteten, die Ansamlungen. Zuvrgendwelchen größeren Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Wie die „D. Z. a. M.“ erfährt, handelt es sich bei den geätzten Vorgängen im sogenannten Scheunenviertel weniger um antisemitische Fundgebungen als um Ausführungen des Pöbels. Die Polizei hat alle Vorkehrungen getroffen, Zwischenfälle zu vermeiden. Ein strenger Befehl des Kommandos der Schutzpolizei verlangt unbedingten Schutz aller Bürger ungeachtet des Glaubensbekenntnisses.

Berlin, 6. Nov. (Drahtbericht.) Die Bewegung, die gestern im sogenannten Scheunenviertel eingeleitet hat, hat heute auf alle Stadtteile Berlins übergreifen. Die Agitation auf der Straße hat heute noch zugenommen. Wenn die Ausschreitungen weiter gehen, so ist mit einschneidenden Maßnahmen der Reichsregierung und der Militärbehörde zu rechnen.

Der englische Konferenzplan.

England verliert die Lust.

London, 6. Nov. Die „Times“ berichten, daß die britische Regierung jetzt die Antworten von allen drei alliierten Mächten erhalten haben, denen sie den Entwurf für die Einladung an die Vereinigten Staaten zur Teilnahme an dem Untersuchungsausschuß unterbreitete. Belgien und Italien stimmten dem britischen Entwurf zu. Die belgische Regierung schloß Änderungen vor, denen die britische Regierung innerlich zustimme und gegen die Italien ebenfalls keine Einwendungen erhob. Es verlautet jedoch, daß die von Poincaré gemachten Einwendungen die Reichweite der Untersuchung derart beschränken, daß es eine Frage erster Erwägung für das britische Kabinett sein müsse, ob es der Mühe werth sei, den Plan weiter zu verfolgen.

Vor einer neuen Schifane
Voincarés.

Paris, 6. Nov. Der „Temps“, das Blatt des Auswärtigen Amtes, erklärt bei Besprechung der innerpolitischen Lage in Deutschland, daß nächste Mal, wenn die Vorkonferenz der deutschen Regierung eine Warnung zugehen lasse, damit sie endlich der internationalen Militärkontrollkommission Respekt verschaffe, um diese Gelegenheit scheinbar nahe bevorzustehen könnten die Regierungen Herrn Stresemann daran erinnern, daß er in Bayern ein Regime habe großwerden lassen, das jede Kontrollaußschließung selbst wenn das Reich sich dazu bereitgefunden habe. Die Mächte könnten ihn auffügen, daß sie, ohne in innerpolitische Angelegenheiten einzugreifen, sich vorbehalten, auf dieser Verletzung der Vertrauensbedingungen um der Sicherheit der Nachbarstaaten alle nötigen Konsequenzen zu ziehen. Außerdem schlägt der „Temps“ vor, daß die französische Regierung in Berlin zu versichern gäbe, daß jede Abänderung der innerpolitischen Zustände, wenn sie Frankreich größere Ausnahmen für seinen Schutz erzwingen, schon dadurch ein Hindernis für jedes Moratorium darstelle und daß Deutschland wenn es Frankreich zwingt, mehr auszugeben, seinerseits gezwungen werden solle, mehr zu bezahlen.

Die Baltanisierung der Rheinlande.

(Von unserem rheinischen Berichterstatter.)

Vor wenigen Tagen erst ist ein fünfzehngliedriger Auschuß führender Männer der rheinischen Wirtschaft und Politik gewählt worden, der zu Verhandlungen mit dem französischen Oberkommissar von den maßgebenden Wirtschaftsverbänden, von den großen politischen Parteien und endlich vor allem von der Reichsregierung bevollmächtigt und bestimmt wurde. Man hoffte dabei, endlich Klarheit über die Absichten und Pläne Frankreichs zu gewinnen und zugleich den Separatisten auch den letzten Rest westlichen Bindes zu nehmen, der zur Zeit noch ihr „Staatsgeschiffen“ vorwärts zu treiben scheint. Man glaubte, daß einer solchen Verretung gegenüber selbst Herr Tirard in Koblenz bereitwillig die Gelegenheit zu anschlusgebenden Verhandlungen ergreifen werde, und rechnete auch jetzt wieder mit wirtschaftlichen „Vernunftgründen“, die in dieser Form eben nur auf deutschem Boden wachsen können. Herr Tirard selbst hat jedoch unmittelbar bei der Meldung dieser fünfzehn Herren im Einverständnis mit seinen Herren und Meistern Poincaré eine Ausnahme getroffen, die überaus bezeichnend ist und deutlich beweist, wie am Ende der französischen Rheinpolitik auch jetzt noch in ungewöhnlicher Stärke der Gedanke der „Balkanisierung“, d. h. der Zersplitterung und Zermürbung der öffentlichen Meinung, der Wirtschaftsverbände und insbesondere der staatsrechtlichen Verhältnisse und der verwaltungstechnischen Klammern, die heute Rheinlande und Reich trotz allem zusammenhalten, fest.

Nicht mit Unrecht hat der französische Oberkommissar vor allem den Kölner Oberbürgermeister Herrn Adenauer, Präsident des preussischen Staatsrats und unbedingter Anhänger einer Rheinischen Republik abgelehnt, weil diese Rheinische Republik um das britische Köln herum gruppiert werden und von hier aus ihre Befestigung erhalten sollte. Das Spiel mit dem Feuer, das Adenauer seit fünf Jahren aus persönlichem Ehrgeiz und um der Zukunft Kölns willen trieb, rächt sich aufs bitterste am Brandstifter selbst, ohne daß doch dies Beispiel abschreckend auf die übrigen Trabanten des Kölner Königsels einwirken dürfte. Von ganz anderem Standpunkte aus hat dann Herr Tirard von vornherein die Vertreter der Deutschenationalen Volkspartei und der Demokraten abgelehnt, weil deren Gefolgschaft für den Kampf gegen die französische Okkupationspolitik tatsächlich von Jahr zu Jahr kleiner wurde. Ueberaus bezeichnend aber ist weiter, daß außerdem der Vertreter der Deutschen Volkspartei im besetzten Gebiet, der Reichstagsabgeordnete Moldenhauer, abgelehnt wurde, trotzdem doch gerade seine Freunde den Sieg und Kern der nationalen bürgerlichen Kreise überhaupt bilden! Auch hier ist der Vornam leicht, daß Moldenhauer nur unter britischem Schutz seit Jahren im Rheinland gebüht wurde, während die französischen Besatzungsbehörden seiner Tätigkeit selbst in seinem eigenen Wahlkreis längst ein Ende machten. Gernheim waren Herrn Tirard danach nur die Bevollmächtigten der Sozialdemokratie und des Zentrums und vor allem Louis Sagen, der Präsident der Kölner Handelskammer und des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete, politisch ein überaus wankelmütiger Wortführer Preußens und Deutschlands, dessen Unzuverlässigkeit gegenüber den Bestrebungen der „Reinrepublikaner“ durch alle Vertrauensundgebungen seiner Angestellten und näheren Freunde nicht getilgt werden kann! Die Auswahl wird noch charakteristischer, wenn man hört, daß Louis Sagen zuerst und ganz vertraulich empfangen wurde, und daß danach erst die Herren Mönning und Meerfeld als die Abgeordneten der Frankreich „genehmen“ Parteien Zutritt zu dem Gewaltigen erhielten. In leichtem Umriß und doch durchaus klar und bestimmt leuchten bereits die Grundzüge der künftigen Rheinpolitik Frankreichs aus diesen Feststellungen hervor!

Nach einer offiziellen Mitteilung wurde den erwähnten fünfzehnalljährige Ansichts in Sagen aus den Parteien und Wirtschaftsgruppen des ganzen befestigten Gebietes geschildert. Der französische Oberkommissar sucht sich nur einige Vertreter der Provinz heraus und bevorzugt dabei — wie die Reichsregierung — vor allen andern Landeshauptstädten Köln, das ja in diesen Verhandlungen einer wirtschaftlichen und staatsrechtlichen „Reorientierung“ eine merkwürdig abgeschlossene und einheitliche Rolle spielt. Man kennt in Paris und Koblenz nur zu gut die Grundlagen der innerpolitischen Zersplitterung des befestigten Gebietes und weiß umso besser daraus Nutzen zu ziehen, da man es im Reich selbst nicht versteht, die Interessen der beteiligten Länder zu einer festen Anbahnung von Reichswegen zu vereinigen.

Baden fordert Milderung von Steuern.

Künftig wird gemeldet:

Das badische Staatsministerium hat sich in den letzten Tagen mit den feineren in den Zeitungen bekanntgegebenen Anträgen der Zentrumsfraktion des badischen Landtags wegen Milderung der Rhein-Anstaltsabgabe, der Betriebsabgabe und der Landabgabe befaßt.

Das Staatsministerium steht durchaus auf dem Standpunkt, daß die genannten Gesehe hauptsächlich deshalb ungerecht wirken, weil sie auf die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen im allgemeinen keine Rücksicht nehmen.

Für Baden fällt die Belastung durch die oben genannten Gesehe besonders stark ins Gewicht. Die gewerblichen Betriebe sind wegen der ungünstigen allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse demnachteiligt; die weite Entfernung von der See und von den Kohlenbezugsgebieten verteuern den Betrieb außerordentlich. In der Landwirtschaft sind die weniger leistungsfähigen Klein- und mittelbäuerlichen Betriebe vorherrschend; dazu kommt, daß der für die Landabgabe maßgebende Beitragswert in Baden sehr viel höher ist als in anderen Gebieten des Reiches.

Das Staatsministerium hat deshalb die entsprechenden Anträge bei der Reichsregierung gestellt und den Reichsratsbevollmächtigten beauftragt im Sinne dieser Anträge sofort bei dem Reichsfinanzminister vorstellig zu werden und sie auch im Reichsrat zu vertreten.

Deutsches Reich

Ein Aufruf der Demokraten.

Berlin, 6. Nov. In einem Aufruf der Deutschen Demokratischen Partei wird gesagt, daß der drohende Anschlag gewissermaßen Verschwörer auf die Reichsverfassung und den unangenehmsten Willen der reichstreuenden Bevölkerung jenseits müsse. Wenn die Reichsregierung es für notwendig halten sollte, im Sinne ihres Aufrufes Reichswehr oder Polizei zum Schutze der Republik zu rufen, so haben die waffenbesitzenden Demokraten dem Rufe des Vaterlandes Folge zu leisten.

Ein Aufruf der Sozialdemokratie.

Berlin, 6. Nov. (Drahtbericht.) Der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlicht einen Aufruf an die Sozialdemokraten und Republikaner im Reich und verweist darauf, daß die Vorkämpfer des Kampfs wollen und es deshalb falsch wäre, den Kopf in den Sand zu stecken. Neben der Reichsregierung seien die Landesregierungen berufen, den Unkurz abzuwehren. Es sei falsch, Freischärlersorganisationen zu bilden, die den Kampf mit den Vorkämpfern aufnehmen. Nur die Angliederung an die Organe des Staates könne helfen. Am Schluß werden die Sozialdemokraten und Republikaner aufgefordert, sich für den Notfall bereit zu halten.

Der Ruf nach der Diktatur.

Berlin, 6. Nov. Der am 4. November in Magdeburg zusammengetretene Bundesvorstand des Stahlbundes und der Frontsoldaten forderte namens von Millionen ehemaligen Soldaten der Reichskanalar in einem Delegatenausschuss, umgehend eine nationale Diktatur zu schaffen, die nicht durch Parlament, Parteien und Interessengruppen behindert sei. Alles dränge zum Handeln. Millionen hungernden, trauernden, schlummernden, während Lumpen Teile des Deutschen Reiches abstrichen. Nur die sofortige Errichtung einer nationalen Diktatur vermöge Deutschland zu retten. Der Reichskanalar solle in diesem Sinne von den in seiner Hand befindlichen Machtmitteln Gebrauch machen und sofort handeln, damit nicht andere handelten.

Goldmarkrechnung auch im Staatshaushaltsplan.

Berlin, 6. Nov. (Drahtbericht.) Wie die Blätter melden, beschäftigt sich das Reichskabinett heute nachmittag mit einem Übergangshaushaltsplan, der auf der Goldbasis aufbaut und bis zum 31. März 1924 Geltung haben

soil. Zweck dieses Planes ist, Ordnung in den Haushalt zu bringen. Eine Entscheidung über die Frage ist durch das Kabinett noch nicht getroffen.

Gegen Verschimpfung der Reichswehr.

Berlin, 6. Nov. Der Reichswehrminister hat folgende Verordnung erlassen:

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. September sind der Reichswehr Aufgaben übertragen worden, die mehr als bisher das Interesse der Öffentlichkeit auf sie gelenkt haben. In sachlicher Form Kritik an dem Verhalten der Reichswehr zu üben, soll niemanden verwehrt werden. Es kann aber nicht gestattet werden, daß das letzte Machtmittel des Staates durch Verschimpfungen oder falsche, irreführende Darstellungen seines Verhaltens in der Öffentlichkeit herabgewürdigt wird. Auf Grund des Paragraphen 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. September verbiete ich daher alle öffentlichen Verschimpfungen der Reichswehr sowie die öffentliche Verbreitung unwahrer Nachrichten, die geeignet sind, ihr Ansehen in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Zeitungen, die solche Verschimpfungen oder Nachrichten enthalten, sind von dem zuständigen Inhaber der vollziehenden Gewalt auf mindestens drei Tage zu verbieten.

Zeitungsverbote in Bayern.

München, 6. Nov. Durch eine Anordnung vom 3. November hat der bayerische Generalkommissar verfügt, daß der „Berliner Börsenkurier“, das „Berliner Tageblatt“, die „Berliner Zeitung am Mittag“, die „Frankfurter Zeitung“, der „Vorwärts“, die „Börsen-Zeitung“ im rechtsrheinischen Bayern und in solchen Orten, die dem Publikum zugänglich sind, weder feilgehalten, verkauft, verteilt, ausgestellt, angeschlossen oder sonst verbreitet, noch zum Zweck der Verbreitung vorrätig gehalten, angehängt oder angeheftet werden dürfen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bzw. Geldstrafe geahndet. Wie die „Staatszeitung“ zu dieser Maßnahme berichtet, ist die Anordnung des Generalkommissars veranlaßt durch die Art und Weise, wie in gewissen norddeutschen Blättern gegen Bayern Stimmung gemacht wird.

Badische Politik

Der Badische Landtag.

Heute Mittwoch vormittag 11 Uhr tritt der Landtag wie alljährlich im November zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle: Wahl des Staatspräsidenten. Das Amt des Staatspräsidenten geht bekanntlich in Baden beständigsgemäß jedes Jahr in andere Hände über. Nach einem Uebereinkommen der Parteien, die die Regierung bilden, Zentrum, Sozialdemokratie und Demokratie, wechselt die Parteien in der Uebernahme des Amtes ab. Dieses Jahr ist das Zentrum wieder an der Reihe. Da der dem Zentrum angehörende Justizminister Trunk schon einmal Staatspräsident war, so ist es ganz natürlich, daß dieses Mal das andere Mitglied des Zentrums in der Regierung Finanzminister Kähler mit dem Amt des Staatspräsidenten betraut wird.

Entscheidung der süddeutschen Demokraten zur Reichseinheit.

Stuttgart, 6. Nov. (Drahtber.) Zur Besprechung der augenblicklichen Lage sind am Montag nachmittag zahlreiche Vertreter der deutschdemokratischen Partei aus ganz Süddeutschland zusammengetreten. Dabei fand folgende Entscheidung einstimmige Annahme:

„Die süddeutschen Vertreter der deutschdemokratischen Partei, die zur Aussprache über die politische Lage am 5. November 1923 in Stuttgart zusammengetreten sind, halten unerschütterlich an der Einheit des Deutschen Reiches fest, der alle anderen Rücksichten untergeordnet sind und treten allen Absonderungsbestrebungen in schärfster Form entgegen. Sie sprechen die Erwartung aus, daß Baden sich zu einer Verständigung auf dem Boden der Reichsverfassung entschließt. Sie geben zugleich der bestimmten

Erwartung Ausdruck, daß die Regierungen der süddeutschen Länder bei der Lösung der derzeitigen innerpolitischen Spannung die außenpolitische Lage als Ausgangspunkt und Ziel all ihrer Entscheidungen annehmen. Unter diesem Gesichtspunkt stellen die versammelten Vertreter an die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen das dringende Ersuchen, in enger Fühlungnahme zu bleiben. Zum Schluß sprechen sie ihre Zustimmung zu der von der Reichstagsfraktion in der Krise der letzten Woche eingenommenen Haltung aus.“

Die Deutsche Volkspartei Badens zum Reichsgebanten.

St. Pforzheim, 6. Nov. Am Sonntag fand hier eine Sitzung des Badischen Landesausschusses der Deutschen liberalen Volkspartei statt, in der nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Dr. Curtius über die politische Lage und einer ausgedehnten Aussprache zum Ausdruck kam, daß die ganze badische Partei hinter dem Reichskanzler und seiner Politik steht. Mit dem Zusammenbruch der großen Koalition sei der Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratie total unfähig sei, politische Regierungsbearbeitung zu leisten. Der Regierung Streikmann wird vollste Unterstützung ausgesprochen. Ein Mitglied der Partei aus dem bestetzten badischen Gebiet erklärte, daß die Bevölkerung dort unter sehr hartem französischen Druck leide. Von den Gerüchten über die „Republik Rehl“ sei nichts zu halten.

Polizeiliches Einschreiten gegen kommunistische Unruhestifter.

Nachdem kürzlich ein Trupp Kommunisten, der die Gegend von Pforzheim unsicher machte, durch Gendarmerie und Polizei zerstreut worden ist, sind neuerdings kommunistische Unruhestifter in der Gegend von Pforzheim aufgetaucht, wo sie zwei Gehöfte umstellten, um sie angeblich nach Waffen zu durchsuchen. Es handelt sich vermutlich um Kommunisten aus Friedrichshafen. Staatsanwaltschaftliche Untersuchung ist eingeleitet. Durch Verstärkung der Gendarmerie und Einrichtung eines besonderen Streifenendienstes ist Vorbeugung getroffen, daß sich solche Vorfälle nicht wiederholen, wie allgemein Gendarmerie und Polizei gegen derartige gefährliche Herumtreiber mit aller Schärfe einschreiten werden.

Steigerung der Löhne und Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten.

Die Kosten für die Lebenshaltung waren im Juli dieses Jahres 61,9 Prozent über dem Stand vom Juli 1914, was gegenüber dem Höchststand vom Juli 1920 einen Rückgang von 20,8 Prozent bedeutet. Ununterbrochen gestiegen sind auch in der letzten Zeit noch die Mieten und zwar noch über den höchsten Stand vom Frühjahr hinaus, wo sie um 71 Prozent höher waren als im Juli 1914, bis auf 75 Prozent über den Friedensstand im Juli dieses Jahres. Die neuerliche Steigerung der Lebenskosten hat im März 1922 eingeleitet und beläuft sich bis Juli dieses Jahres auf 4,7 Prozent, davon allein in den Monaten März bis Juli dieses Jahres auf 1,7 Prozent. Auffällig ist der starke Unterschied in der Zunahme der Lebensmittelpreise in den 39 berichtigten Städten der Union; die geringste Steigerung war in den Städten am Pazifik und des fernsten Westens zu beobachten, die höchste in den Osten und im mittleren Westen, in New York z. B. um 33 Prozent vom Juli 1914 bis Juli 1923 und allein um 5 Prozent in den Monaten Januar bis Juli dieses Jahres. Dabei steht in erster Linie die schädliche Kartoffel mit einer 147prozent. Steigerung seit 1914.

Die Mieten haben von März bis Juli 1923 eine durchschnittliche Steigerung um 3 Prozent erfahren.

Die Kosten für Bekleidung sind von März bis Juli dieses Jahres um noch nicht 1 Prozent gestiegen und waren im Juli 20 Prozent unter dem Höchststand von März 1920, wo sie den Vorkriegsstand um 177 Prozent über-

schritten gehabt hatten. Der Rückgang seit März 1920 beläuft sich bis Juli auf 36,3 Prozent, die Nettoerhöhung des Familienbudgets für Kleidung seit 1914 auf 70 Prozent.

Wie verhalten sich Steigerung der Lebenskosten und Verdienst des Arbeiters zueinander? Die Reallohn des amerikanischen Arbeiters haben sich die ganze Zeit seit Juli 1914, auch die Zeit der härtesten Teuerung im Jahre 1920 nicht ausgenommen, über dem Stand von 1914 gehalten, mit anderen Worten: der amerikanische Arbeiter ist gegenwärtig besser gestellt als vor dem Krieg. Ende Juni des Jahres waren die Reallohnsumme um 40 Prozent höher, die Reallohnsumme um 35 Prozent höher als im Juli 1914.

Bunte Chronik

Die Amerikaner als Sparrer. Nach Auffstellung der Sparrbank-Abteilung des amerikanischen Bankverbandes verfügen rund 26 Millionen Amerikaner, also rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung, über Sparkonten, die sich auf insgesamt 17 300 000 000 Dollar belaufen. Verglichen mit 1912 bedeutet das eine Verdoppelung. Die Sparparaffen weisen gegen 2 Millionen Konten auf, das bedeutet ein Mehr von 34 Prozent gegenüber dem letzten Jahr und verfügen über Depositen in einer Gesamthöhe von 9 618 000 Dollar gegen 5 775 000 Dollar im Jahre 1922 und 2 800 000 Dollar im Jahre 1921.

Ein chinesischer Seeräuberflotten wird aus Hongkong berichtet. Das Opfer war der Dampfer Suming, der englischen Eigentum ist, aber von einer chinesischen Gesellschaft betrieben wird. Die Seeräuber schifften sich in unverdächtigter Kleidung in Hongkong ein und traten erst, als sie auf hoher See waren, in ihrer wahren Gestalt hervor. Insgesamt 60 Personen stark, bemächtigten sie sich des Rumpfs und des Maschinenraumes sowie des Decks und der Kommandobrücke. Sie zwangen durch fortgesetztes Revolverfeuern alle Passagiere unter Deck zu knien. Während der Nacht raubten und stahlen sie dann alles zusammen, was an Bord war und zwangen die Schiffsbemannung bei einbrechendem Tage, sie samt ihrer Beute an Land zu setzen. Von dort verschwand sie spurlos. Der Führer der Banditen war europäisch gekleidet und trug eine Hornbrille (natürlich D. Red.), also gewiß ein Aushereis, das nicht auf einen Seeräuberhauptmann schließen ließ. Der Kapitän des Dampfers und der erste Offizier sind bei dem Überfall schwer verwundet worden.

Die Bürokratie in den Vereinigten Staaten. Eine der interessantesten der bei der Auswertung der Ergebnisse der Volkszählung von 1920 gemachten Feststellungen ist die über den Umfang der Bürokratie auch in den Vereinigten Staaten. Nach dem Stande von 1920 wird von zwölf erwerbsfähigen Personen im Alter von über 16 Jahren jeweils eine als öffentlichen (staatlichen und städtischen) Beamten bezeichnet; diese Beamten erhalten ein Gesamtjahresgehalt von 4 Milliarden Dollar. Der Anteil pro Kopf der werksfähigen Bevölkerung im Alter von über 16 Jahren an der Aufbringung der Beträge für die Gehälter beläuft sich auf 91 Dollar jährlich. Abgesehen von Pensionären werden von Bundes- und einzelstaatlichen und von städtischen Behörden rund 2 700 000 Beamte mit insgesamt rund 3½ Milliarden Dollars besoldet. An im Ruhestand befindliche und auf Vorrat gefasste Beamte, rund 670 000 an der Zahl, gelangen jährlich rund 320 000 000 Dollar zur Auszahlung. Vom „National Industrial Conference Board“, der staatlichen Stelle der Arbeitgeberverbände, wird weiter angegeben, daß pro Kopf der Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten für Beamtengehälter ein jährlicher Betrag von 34 Dollar aufzubringen ist; der hierfür erforderliche Betrag entspricht 46 Prozent der von allen Fabriken in den Vereinigten Staaten, die Waren im Werte von mehr als 5000 Dollar produzieren, im Jahre 1921 gezahlten Löhne. Wenn seit Kriegsende die Höhe der ausbezahlten Gehälter wesentlich zurückgegangen ist, so ist doch die Zahl der Staatsbeamten ständig noch im Zunehmen begriffen und beläuft sich, abgesehen von den im Heeres- und Marinebereich befindlichen, auf das Doppelte von vor zwanzig Jahren.

Zeitschriftenchau.

„Eckhart-Rohrungen“ mit dem Untertitel „Seinastimmen“ nennt sich eine von Dr. Robert Ernst in Berlin herausgegebene Monatschrift. Sie ist natürlich in dem von der Stäckeri befreiten früheren deutschen Reichsland verboten, wird aber darum erst recht nicht verlesen, den Zusammenhang mit der blutigen deutschen Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Aus dem reichen und vielfältigen Inhalt des soeben erschienenen Oktoberheftes seien zur nachdrücklichen Empfehlung des notwendigen Zeitschriftenunternehmens angeführt: Der klassische Lehrer und sein Volkstum von V. Frey, Unsere Landsleute im Banat vom Herausgeber, Eckhart-Rohrungen, Regionalismus von P. König, 25 Jahre Eckhart-Rohrungen Theater Straßburg von G. Arnold u. a.

„Lahrer Sinkender Vögel“ für das Jahr 1924, Verlag Moritz Schenkenburg in Lahr (Baden). Der altbekannte und beliebte „Lahrer Sinkende Vögel“ enttäuscht auf diesmal nicht die Erwartungen seiner Leser. Viele lustige Geschichten erzählt er. Aber auch manches Besinnliche und Lehrreiche bringt er in volkstümlicher, anheimelnder Darstellung. Hingewiesen sei jedoch auf den köstlichen Beitrag „Mutterwitz“, eine bisher ungedruckte Kalendererzählung des frühverstorbenen genialen Dichters Emil Götts. Daß der „Sinkende“ die Weltbegebenheiten des verflochtenen Jahres mit feinem Nagel auf den Kopf treffenden Bemerkungen dem Leser vor Augen führt, und daß er auch jetzt wieder im „Lahrer“ seine Standrede hält, versteht sich von selbst. Wir wünschen dem „Sinkenden“ viel Glück auf den Weg. Mehrere Erzählungen entstammen der Feder des prächtigen Volkschriftstellers Stadtpfarrer D. Karl Felschbager. Unausgesprochene Erzählung in guter Form.

einem Aufruf der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ mit. Es gibt primitive Völker, die tatsächlich nicht bis drei zählen können“, so z. B. die Vorkubaner, die schon für zwei und drei ein und dasselbe Wort haben und nur zwischen eins und zwei unterscheiden. Die Vorkubaner, die am Äquator, einem Nebenfluß des Amazonasstromes wohnen, können nur bis sechs zählen und lassen sich, wenn sie größere Zahlen nennen wollen, in die Haare, um damit etwas Unzählbares auszudrücken. In allen indogermanischen Sprachen zeigen die Zahlwörter für 1–1000 große Verwandtschaft, während bei den Zahlwörtern für 1000 bereits starke Verschiedenheiten auftreten. Man hat daraus mit Recht geschlossen, daß erst in einer Kulturperiode, in der die indogermanischen Völker sich bereits getrennt hatten, das Bedürfnis entstand, eine so große Zahl wie 1000 sprachlich auszudrücken. Nam Kiese, der berühmte Rechenmeister, kennt um die Mitte des 16. Jahrhunderts das Wort „Million“ noch nicht, sondern umschreibt es durch 1000 mal 1000. Erst im 18. Jahrhundert trat die Menschheit eigentlich in das „Reich der Million“ ein, und die Wörter „Million“ und „Billion“ sind auch viel später entstanden. Bis in unsere Tage hatte man im praktischen Leben selten mit mehr als Stellen Zahlen zu tun. Erst die Wissenschaften, namentlich die Astronomie, erweiterten unsere Zahlenbegriffe bis ins Ungeheure, und so entstanden die Wortbildungen „Trillion“ für eine 1 mit 18 angehängten Nullen, „Quadrillion“ für eine 1 mit 24 Nullen, „Quintillion“, „Sextillion“ bis „Centillion“. Bei wissenschaftlichen Berechnungen finden diese Riesenzahlen ihre Anwendung. So beträgt z. B. das Gewicht der Erde 5 Quadrillionen 980 000 Trillionen Kilogramm oder 5960 Trillionen Tonnen.

Ein anschaulicher Begriff für diese geheimnisvollen Worte, die ungeheuren Mengen von Einzelwerten darstellen, läßt sich aus einigen Beispielen gewinnen. So durchläuft der Seepinguin der Udr in einer Stunde 3600, in

einem Tage 86 400 und in einem Jahre, zu 365 Tagen gerechnet, 31 536 000 Sekunden, 1 Million Sekunden ergeben ungefähr demnach nur 11 Tage, 13 Stunden, 46 Minuten und 40 Sekunden, während für die Zurücklegung von 1 Milliarde Sekunden bereits 31 Jahre, 159 Tage, 1 Stunde, 46 Minuten und 40 Sekunden erforderlich sind. Eine Zeit von 1 Billion Sekunden hat das Menschengeschlecht in historischen Zeiten überhaupt noch nicht erlebt, denn die Zahl entspricht einem Zeitraum von 31 700 Jahren, 289 Tagen, 1 Stunde, 46 Minuten und 40 Sekunden. Daß die Astronomie mit solchen Zahlen operiert ist ja bekannt; zu ähnlichen Riesenzahlen führt aber auch die Kombinatorik. Das Schachspiel, bei dem bekanntlich 32 Karten so unter drei verteilt werden, daß jeder 10 erhält und 2 Karten als Stat gesetzt werden, führt zu der Frage, auf wievielfache Weise sich die Karten verteilen lassen, und die Kombinatoriklehre gibt die Anzahl mit 273 Billionen 264 408 Millionen 504 640 an. Um eine Vorstellung von der Größe dieser Zahl zu geben, wird angeführt: Spielt die ganze lebende Menschheit von rund 1,5 Milliarden Seelen ohne Unterbrechung Tag und Nacht Sat, und zwar durchschnittlich ein Spiel in fünf Minuten, dann müßten zu nächst einmal alle Menschen 52 Jahre, 139 Tage, 21 Stunden und 20 Minuten spielen und in den letzten 5 Minuten könnten 247 486 080 Menschen als „Rebelle“ aufstehen, bis sämtliche Kombinationen gespielt wären.

Theater und Musik

Uraufführung von Mercei Tolstois „Die Liebe, ein goldenes Buch“ im Schauspielhaus Frankfurt a. M. Für einen deutschen Autor zu hoch, nicht angekränkt von den Gedankenbläse, für einen Franzosen zu wenig geistreich, elegant und unterhaltend. — Ist diese Komödie ein Spielwerk spezifisch russischen Geistes? Trägt sie die

Wesensmaße persönlicher Kraft und Eigenart des Dichters oder seines Volkes? Gewiß nicht. Wenig: sie ist nun einmal von Ausland weiter nach Frankreich gedrungen und flattert durch die Porten des Frankfurter Schauspielhauses über Deutschland.

Eine Komödie oder ein Operettenlibretto? Inhalt: Ein Schächer spielt im russischen Hofstall amoureuse: ein wenig Liebe, echte und konventionelle; ein wenig Eifersucht in geistlicher Mischung; viel Ländelei und Fiktion; ein Quäntchen Sentimentalität, naive und affektierte; nur die Musik zur Operette fehlt. Sie wurde durch schöne, geschmackvolle, ein wenig nüchterne Dekoration nicht voll ersetzt.

Insgesamt immerhin: eine hübsche Aufführung, wohl geeignet, ein paar der Erholung gewidmete Stunden belebend auszufüllen. In umso angenehmerer Weise, als die feilschbare Hand des Regisseurs Walther Brüggemann ein hervorragendes Zusammenspiel, in Gruppierung, Steigerung, Nuancenfälle, eine höchst hübsche Leistung schuf.

Die Besetzung der Rollen war eine ausserordentliche: Die Katharina II. der Reiztöne Sagan von entzückender Kunst und beredendem Reichtum. Neben ihr sind besonders Toni Impelovens Fürst Ivan und die Hofdame Anna Polucci der Wachtelbeinzig besonders rühmend herauszustellen.

D. P. Harrah.

Bernhard Selles ist als Nachfolger des nach Berlin berufenen Waldborn v. Baugher zum Leiter des Hochschule Konservatoriums in Frankfurt a. M. berufen worden. Die neueste Schöpfung Wilhelm Kienzls. Als nächste Komödie der Wiener Staatsoper gelangt ein neues Werk von Wilhelm Kienzl zur Erstaufführung. Dieses neue Drama ist eine melodramatische Allegorie, nennt sich „Sankt-Isidormus“, den Text hat Henry Bauer geschrieben.

Seidmarischall Moltke über die französische Rheinlandpolitik.

II.

Die Geister in Deutschland waren aller Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten entfremdet, durch die despotischen und aristokratischen Regierungsformen von aller Mitwirkung in Staatsangelegenheiten ausgeschlossen, auf ärmliche Schulämter oder fürstliche Gnadengelächter angewiesen. Sie gehörten irgend einer selbständigen Provinz an, aber sie kannten das Deutsche Reich als ein Ganzes nur noch in einer Karikatur, über die damals schon alles spottete. Deshalb bildeten sie sich zu irgend einem Profanum, zu irgend einem Amte in ihrer Provinz und darüber hinaus zu Weltbürgern. Indem sie allerdings inne wurden, daß sie sich auf einem Extrem des Kleinlichen befanden, daß ihr nächster Beruf ein äußerlich enger und beschränkter sei, spielten sie sogleich in das andere Extrem und suchten einen grenzenlosen Kreis der Tätigkeit wenigstens ihres Geistes und ihrer Gefühle. Sie widmeten sich der Welt unter dem damals äußerst beliebten Titel „Kosmopoliten“, d. h. Weltbürger, oder der Menschheit unter dem ebenso beliebten Namen der „Humanität“.

Von der deutschen Nationalität aber und von den Interessen des Vaterlandes war nie die Rede.

Der engstirnige Provinzialismus der gemeinen Leute erhob sich nicht so weit, und die Genies flogen darüber hinaus ins Blaue des rein Menschlichen.

Napoleon schloß sich in die Herzen aller Franzosen und wird ewig in ihnen leben, nicht allein deswegen, weil er ein großer Mann war, sondern mehr noch deswegen, weil er am tiefsten aussprach und durchsetzte, was alle Franzosen denken und wollen, weil er durch seine Größe das Gehäßige der Sabotier entschuldigte, die das Geheimnis ihrer Nationalität ist. Man sage was man wolle, Napoleon verdankt die Bewunderung der Franzosen seinem Genie, aber ihre Liebe verdankt er nur seiner tiefen Humanität.

Indes, wie leicht auch Napoleon mit Deutschland fertig wurde, so sagte ihm doch eine innere Ahnung, es sei diesen geflochtenen Unterleuten, diesen liebreichen Nachbarn, die sich wie Trommeln auf beiden Seiten schlagen lassen, diesen phlegmatischen Deutschen, die er immer gern mit dem Prädicat „Dummheit“ beehrte, doch nicht ganz zu trauen, es könnte irgend einmal ein Gewitter aus ihnen heraus schlagen und der Blitz ihn treffen.

Daher nahm er nicht nur seine Maßnahmen, die Deutschen zu zerpalten, die verschiedenen Stämme derselben einander noch mehr als bisher zu entfremden, den einen zu schmeicheln, die anderen zu schreden und gänzlich zu entkräften, die deutsche Presse unter der strengsten Zensur zu halten, die persönliche Freiheit durch die Polizei, ein in Deutschland in dieser Weise beinahe neues Institut, durchaus zu hemmen, sondern er glaubte auch noch ein großes europäisches Schutz- und Schutzbündnis des Romanismus und Slavismus nötig zu haben, um den Germanismus sicher nieder zu halten. Daher seine enge Allianz mit Kaiser Alexander vom Jahre 1807 an.

Dieser Bund der Romanen und Slawen zum Verderben Deutschlands war schon verbreitet unter Ludwig XIV. und Peter dem Großen. Nur weil der eine das Gäßchen wegnahm, konnte der andere nicht wegmachen. Hätte dieser Bund länger gedauert, so würde Deutschland dazwischen völlig aufgerieben worden sein, denn niemand hätte gewagt, dieser Koalition entgegenzutreten, wenn sie z. B. erklärt hätte: „Preußen hat aufgehört zu existieren.“ Es ist indiskret, daran zu erinnern, welche Demütigungen unserer ehrwürdigen alten Fürstentümer zu Erfurt und zu Dresden widerfahren, wie übermütig sie von den Franzosen und nicht minder von

den Russen behandelt wurden, denn Alexander hatte nicht jenseit Jargel, von der großen Hohenjagd, die Napoleon zwei Jahre nach der Schlacht auf dem Schlachtfeld von Jena veranstaltete, wegzubleiben.

Nie zuvor, in zwei Jahrtausenden, seit man die deutsche Geschichte kennt, waren alle Deutschen einem fremden Willen unterworfen gewesen. Nie hatten uns die Römer bezwungen, selbst Attila hatte nur einen Teil der Deutschen unterworfen, die anderen stritten unter unabhängigen Fürsten gegen ihn und besiegten ihn. Erst jetzt zum ersten Male, im Jahre 1812, waren alle Deutschen ohne Ausnahme einem fremden Herrn dienstbar, mußten alle deutschen Staaten ohne Ausnahme einem fremden Herrn Truppen stellen, um, einem fremden Befehl untergeben, nun für eine fremde Sache zu kämpfen. Da diese Schande an der Nation offenbar wurde, bei der seit zweitausend Jahren die Herrschaft Europas gewesen, schien der Himmel selbst sie unerträglich zu finden und gab dessen ein Zeichen, um die Menschen zu erinnern, was sie auch ohne ihn hätten tun sollen. Wälsch jene großen Schreden der Natur, die Napoleons Fall verkündeten, gereichen der deutschen Nation zu tiefer Beschämung.

Jetzt erst riß diese Nation sich auf in wildem Mut, rachegelehrt, schrecklich wie die Natur, deren Zeichen sie gesehen. Aber die Begeisterung kam in der Tat etwas spät. Stummend muß man sich fragen, warum die Deutschen jetzt erst taten, was sie schon lange hätten tun können? Wieviele Provinzen, wieviele Millionen hatten sich die Deutschen seit den Zeiten Ludwigs XIV. entreißen lassen! Mit den Mitteln, die man jahrelang den Franzosen preisgab, hätte man sie schon vor mehr als hundert Jahren bis über die Seine jagen können. Wenn ein so großes Volk, wie das deutsche, in Jörn gerät und aufsteht in Masse, muß Frankreich zittern, und wenn es zehn Napoleons hätte.

Deutschland hatte alle seine Kräfte eingesetzt, den Sieg zu erringen, aber nicht ihn auch verhältnismäßig zu benützen. Indes war schon die einfache Tatsache, daß die ganze französische Macht, der ganze französische Stolz, das ganze französische Kriegsgenie einem Volksaufgebot der Deutschen nicht gewachsen sei, von großem Werte. Sie bewies den Franzosen, was Deutschland vermag, wenn es will.

Gleichwohl war es gefährlich, den Franzosen jenseit Macht, ja sogar den Besitz deutscher Provinzen und einen so wichtigen militärisch-politischen Vorposten wie Straßburg zu lassen. Es war gefährlich, Napoleon allein zum Sündenbock zu machen und allen Fluch auf ihn zu laden, Frankreich selbst aber zu schonen, da die Geschichte lehrt, daß Napoleon nur forschte, was lange vor ihm die französischen Könige Unbesonnenheit an uns getan.

Nicht Napoleon war die Hauptsache und Frankreich Nebenache, sondern Frankreich war die Hauptsache und Napoleon Nebenache. Napoleon war eine vorübergehende Erscheinung, Frankreich blieb. Mit Frankreich hatten wir es schon vor Jahrhunderten zu tun, mit ihm werden wir es noch in Jahrhunderten zu tun haben.

Nie wurde ein Feind glimpflicher und schonender behandelt, als damals die Franzosen von den Deutschen. Aber die Franzosen wollten das nicht anerkennen. Sie nahmen die Wiene an, als sei ihnen großes Unrecht geschehen.

Unsere Aufgabe nun ist, wenn wir den alten bösen Nachbar nicht belehren können, wenigstens uns selbst unser gutes Recht vollkommen klarzumachen, im ganzen Umfange deutscher Nation zum Bewußtsein zu bringen. Keinem Deutschen darf es verborgen oder gleichgültig bleiben, daß, wenn Deutschland und Frankreich je miteinander abrechnen, alles Soll auf seiner, alles Haben auf unserer Seite steht. Nur wir haben an Frankreich zu fordern, was es uns widerrechtlich entzogen. Frankreich dagegen hat nichts von uns zu fordern, nicht ein Dorf, nicht einen Baum. Der Rhein ist, wie Arndt kurz und gut gesagt hat, Deutschlands Strom,

nicht Deutschlands Grenze. Geht man vom historischen Recht aus, so ist alles, was Frankreich seit dem 13. Jahrhundert an seinen östlichen Grenzen gewonnen hat, ein Raub an Deutschland gewesen, so sind alle burgundischen und lothringischen Lande unser altes, uns widerrechtlich entzogenes Eigentum, und wir hätten demnach noch weit mehr zu reklamieren als die Sprachgrenze. Geht man vom nationalen Standpunkt aus und macht die Sprache zur natürlichen Grenze der Nationen, so gehört uns der ganze Rhein mit seinem linken wie rechten Ufer, denn im ganzen Flußgebiet des Rheines wird seit vierzehn Jahrhunderten deutsch gesprochen. Demnach hätte nicht Frankreich das linke Rheinufer von uns, sondern wir hätten von ihm Elsaß und Lothringen anzuprehen.

Geht man endlich vom positiven Recht aus, so hat Frankreich allerdings dadurch seinen unrechtmäßigen Besitz Lothringens und des Elsses geheiligt, aber dieselben Verträge schloß Frankreich von jedem Anspruch auf die übrigen Teile des linken Rheinufer aus. Wenn nun aber Frankreich jene Verträge von 1814 und 1815 nicht mehr anerkennt, die einzigen Rechtsittel, die ihm seinen alten Raub an Deutschland gesichert haben und noch sichern und die wir immer rechtlich anerkannt haben, obgleich sie uns sehr nachteilig sind — wenn Frankreich selbst diese Verträge bricht und Krieg beginnt, so sollen wir uns in dem festen Entschluß vereinigen, so Gott will und der gerechten Sache den Sieg verleiht, jene Verträge nie wieder zur Basis eines neuen Friedens zu machen, sondern das Schwert nicht eher in die Scheide zu stecken, bis uns unser ganzes Recht geworden ist, bis Frankreich seine ganze Schuld an uns bezahlt hat.

Umsatzsteuerausfuhrkurse für Oktober 1923.

Der Reichsfinanzminister hat, wie uns die Steuerabteilung der Handelskammer Karlsruhe mitteilt, die Umsatzsteuerausfuhrkurse für Oktober wie folgt festgelegt:

		Durchschnittskurse in Millionen Mark		
		A	B	C
Belgien	1 Frank	1200	1070	940
Bulgarien	1 Lewa	225	200	175
Dänemark	1 Krone	4100	3700	3300
England	1 Pf. St.	107 000	96 000	84 000
Finnland	1 Finn. Mk.	680	570	500
Frankreich	1 Frank	1400	1250	1100
Holland	1 holl. Gulb.	9 800	8 300	7 300
Italien	1 Lire	10 000	950	840
Jugoslawien	1 Dinar	—	290	230
Norwegen	1 Kr.	3 700	3 300	2 900
Österreich	100 Kr.	34	30	26
Rumänien	1 Lei	110	100	90
Schweden	1 Krone	6 200	5 600	5 000
Schweiz	1 Frank	4 200	3 800	3 400
Spanien	1 Pesta	3 200	2 850	2 500
Tschechoslowakei	1 Krone	700	630	560
Ungarn	1 Krone	1,8	1,15	1
Japan	1 Yen	11 600	10 400	9 200
Argentinien	1 Papierpeso	7 500	6 700	6 000
Brasilien	1 Milreis	2 200	1 950	1 750
Ver. Staaten von Nordamerika	1 Dollar	24 000	21 500	19 000

Die Durchschnittskurse B und C können von den Steuerpflichtigen nur in Anspruch genommen werden, wenn:

- a) es sich um Lieferungen in das europäische Ausland (Durchschnittskurs B) oder Lieferungen in das außereuropäische Ausland (Durchschnittskurs C) handelt,
- b) der Lieferer dem Erwerber gegenüber die Kosten der Versicherung und Beförderung trägt und
- c) sich aus der Buchführung der Steuerpflichtigen die Voraussetzungen zu a und b zweifelsfrei ergeben.

Die Festsetzung der übrigen Kurse erfolgt spätestens in der Mitte dieses Monats.

Ämliche Nachrichten

Ernennungen, Beförderungen usw.

Aus dem Bereich des Landesfinanzamts Karlsruhe.

Abteilung für Besteuerung und Verrechnungen.

Ernannt: zum Oberregierungsrat der Regierungsrat Dr. Dörz in Mannheim (H. A. Redarhadt); zu Regierungsräten die Regierungsräte Balthaus in Konstanz und Stöckinger in Durlach; zu Steuerinspektoren der Postinspektion Weidach in Donaueschingen, der Eisenbahninspektion Fetting in Karlsruhe (H. A. A.), Dettmeyer in Offenburg, Gandel in Heidelberg, Gagen in Neustadt, Hilberer in Freiburg (H. A. A.), Zille in Bruchsal, Maffler in Mannheim (H. A. A.), Rader in Billingen, Pfeiffer in Donaueschingen, Schaefer in Freiburg (H. A. A.), Haager in Baden, Schaefer in Mannheim (H. A. A.), Schmidt in Freiburg (H. A. A.), Stegmann in Sinsheim, Tröndle in Mosbach, Walch in Mannheim (H. A. A.) und Wieland in Forstheim (H. A. A.); zu Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Gersbach in Bruchsal, Schill in Bruchsal und Söll in Bruchsal, der Eisenbahnsekretär Fürt in Heidelberg und der Postsekretär Scheffel in Wollach; zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Stelbrunner in Bruchsal; zum Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Wagner in Bruchsal (H. A. A.); zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Ruderer in Engen nach Tengen, Wurtz in Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Verleitet: der Oberregierungsrat Müller von Berlin (H. A. A.) als Vorsteher des H. A. nach Durlach; der Obersteuersekretär Christophel von Weinheim nach Forstheim (H. A. A.), Rabel von Bruchsal nach Bruchsal und Schmitzberger von Bruchsal (H. A. A.) nach Bruchsal; der Eisenbahnsteuerassistent Ruderer von Engen nach Tengen, Wurtz von Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Verleitet: der Eisenbahnsteuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Gelobten: der Steuersekretär Degen in Mannheim (H. A. A. Redarhadt).

Abteilung für Besteuerung und Verrechnungen.

Ernannt: zum Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Balthaus in Konstanz und Stöckinger in Durlach; zu Steuerinspektoren der Postinspektion Weidach in Donaueschingen, der Eisenbahninspektion Fetting in Karlsruhe (H. A. A.), Dettmeyer in Offenburg, Gandel in Heidelberg, Gagen in Neustadt, Hilberer in Freiburg (H. A. A.), Zille in Bruchsal, Maffler in Mannheim (H. A. A.), Rader in Billingen, Pfeiffer in Donaueschingen, Schaefer in Freiburg (H. A. A.), Haager in Baden, Schaefer in Mannheim (H. A. A.), Schmidt in Freiburg (H. A. A.), Stegmann in Sinsheim, Tröndle in Mosbach, Walch in Mannheim (H. A. A.) und Wieland in Forstheim (H. A. A.); zu Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Gersbach in Bruchsal, Schill in Bruchsal und Söll in Bruchsal, der Eisenbahnsekretär Fürt in Heidelberg und der Postsekretär Scheffel in Wollach; zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Stelbrunner in Bruchsal; zum Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Wagner in Bruchsal (H. A. A.); zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Ruderer in Engen nach Tengen, Wurtz in Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Verleitet: der Oberregierungsrat Müller von Berlin (H. A. A.) als Vorsteher des H. A. nach Durlach; der Obersteuersekretär Christophel von Weinheim nach Forstheim (H. A. A.), Rabel von Bruchsal nach Bruchsal und Schmitzberger von Bruchsal (H. A. A.) nach Bruchsal; der Eisenbahnsteuerassistent Ruderer von Engen nach Tengen, Wurtz von Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Gelobten: der Steuersekretär Degen in Mannheim (H. A. A. Redarhadt).

Abteilung für Besteuerung und Verrechnungen.

Ernannt: zum Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Balthaus in Konstanz und Stöckinger in Durlach; zu Steuerinspektoren der Postinspektion Weidach in Donaueschingen, der Eisenbahninspektion Fetting in Karlsruhe (H. A. A.), Dettmeyer in Offenburg, Gandel in Heidelberg, Gagen in Neustadt, Hilberer in Freiburg (H. A. A.), Zille in Bruchsal, Maffler in Mannheim (H. A. A.), Rader in Billingen, Pfeiffer in Donaueschingen, Schaefer in Freiburg (H. A. A.), Haager in Baden, Schaefer in Mannheim (H. A. A.), Schmidt in Freiburg (H. A. A.), Stegmann in Sinsheim, Tröndle in Mosbach, Walch in Mannheim (H. A. A.) und Wieland in Forstheim (H. A. A.); zu Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Gersbach in Bruchsal, Schill in Bruchsal und Söll in Bruchsal, der Eisenbahnsekretär Fürt in Heidelberg und der Postsekretär Scheffel in Wollach; zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Stelbrunner in Bruchsal; zum Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Wagner in Bruchsal (H. A. A.); zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Ruderer in Engen nach Tengen, Wurtz in Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Verleitet: der Oberregierungsrat Müller von Berlin (H. A. A.) als Vorsteher des H. A. nach Durlach; der Obersteuersekretär Christophel von Weinheim nach Forstheim (H. A. A.), Rabel von Bruchsal nach Bruchsal und Schmitzberger von Bruchsal (H. A. A.) nach Bruchsal; der Eisenbahnsteuerassistent Ruderer von Engen nach Tengen, Wurtz von Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Gelobten: der Steuersekretär Degen in Mannheim (H. A. A. Redarhadt).

Abteilung für Besteuerung und Verrechnungen.

Ernannt: zum Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Balthaus in Konstanz und Stöckinger in Durlach; zu Steuerinspektoren der Postinspektion Weidach in Donaueschingen, der Eisenbahninspektion Fetting in Karlsruhe (H. A. A.), Dettmeyer in Offenburg, Gandel in Heidelberg, Gagen in Neustadt, Hilberer in Freiburg (H. A. A.), Zille in Bruchsal, Maffler in Mannheim (H. A. A.), Rader in Billingen, Pfeiffer in Donaueschingen, Schaefer in Freiburg (H. A. A.), Haager in Baden, Schaefer in Mannheim (H. A. A.), Schmidt in Freiburg (H. A. A.), Stegmann in Sinsheim, Tröndle in Mosbach, Walch in Mannheim (H. A. A.) und Wieland in Forstheim (H. A. A.); zu Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Gersbach in Bruchsal, Schill in Bruchsal und Söll in Bruchsal, der Eisenbahnsekretär Fürt in Heidelberg und der Postsekretär Scheffel in Wollach; zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Stelbrunner in Bruchsal; zum Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Wagner in Bruchsal (H. A. A.); zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Ruderer in Engen nach Tengen, Wurtz in Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Verleitet: der Oberregierungsrat Müller von Berlin (H. A. A.) als Vorsteher des H. A. nach Durlach; der Obersteuersekretär Christophel von Weinheim nach Forstheim (H. A. A.), Rabel von Bruchsal nach Bruchsal und Schmitzberger von Bruchsal (H. A. A.) nach Bruchsal; der Eisenbahnsteuerassistent Ruderer von Engen nach Tengen, Wurtz von Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Gelobten: der Steuersekretär Degen in Mannheim (H. A. A. Redarhadt).

Abteilung für Besteuerung und Verrechnungen.

Ernannt: zum Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Balthaus in Konstanz und Stöckinger in Durlach; zu Steuerinspektoren der Postinspektion Weidach in Donaueschingen, der Eisenbahninspektion Fetting in Karlsruhe (H. A. A.), Dettmeyer in Offenburg, Gandel in Heidelberg, Gagen in Neustadt, Hilberer in Freiburg (H. A. A.), Zille in Bruchsal, Maffler in Mannheim (H. A. A.), Rader in Billingen, Pfeiffer in Donaueschingen, Schaefer in Freiburg (H. A. A.), Haager in Baden, Schaefer in Mannheim (H. A. A.), Schmidt in Freiburg (H. A. A.), Stegmann in Sinsheim, Tröndle in Mosbach, Walch in Mannheim (H. A. A.) und Wieland in Forstheim (H. A. A.); zu Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Gersbach in Bruchsal, Schill in Bruchsal und Söll in Bruchsal, der Eisenbahnsekretär Fürt in Heidelberg und der Postsekretär Scheffel in Wollach; zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Stelbrunner in Bruchsal; zum Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Wagner in Bruchsal (H. A. A.); zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Ruderer in Engen nach Tengen, Wurtz in Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Verleitet: der Oberregierungsrat Müller von Berlin (H. A. A.) als Vorsteher des H. A. nach Durlach; der Obersteuersekretär Christophel von Weinheim nach Forstheim (H. A. A.), Rabel von Bruchsal nach Bruchsal und Schmitzberger von Bruchsal (H. A. A.) nach Bruchsal; der Eisenbahnsteuerassistent Ruderer von Engen nach Tengen, Wurtz von Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Gelobten: der Steuersekretär Degen in Mannheim (H. A. A. Redarhadt).

Abteilung für Besteuerung und Verrechnungen.

Ernannt: zum Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Balthaus in Konstanz und Stöckinger in Durlach; zu Steuerinspektoren der Postinspektion Weidach in Donaueschingen, der Eisenbahninspektion Fetting in Karlsruhe (H. A. A.), Dettmeyer in Offenburg, Gandel in Heidelberg, Gagen in Neustadt, Hilberer in Freiburg (H. A. A.), Zille in Bruchsal, Maffler in Mannheim (H. A. A.), Rader in Billingen, Pfeiffer in Donaueschingen, Schaefer in Freiburg (H. A. A.), Haager in Baden, Schaefer in Mannheim (H. A. A.), Schmidt in Freiburg (H. A. A.), Stegmann in Sinsheim, Tröndle in Mosbach, Walch in Mannheim (H. A. A.) und Wieland in Forstheim (H. A. A.); zu Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Gersbach in Bruchsal, Schill in Bruchsal und Söll in Bruchsal, der Eisenbahnsekretär Fürt in Heidelberg und der Postsekretär Scheffel in Wollach; zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Stelbrunner in Bruchsal; zum Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Wagner in Bruchsal (H. A. A.); zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Ruderer in Engen nach Tengen, Wurtz in Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Verleitet: der Oberregierungsrat Müller von Berlin (H. A. A.) als Vorsteher des H. A. nach Durlach; der Obersteuersekretär Christophel von Weinheim nach Forstheim (H. A. A.), Rabel von Bruchsal nach Bruchsal und Schmitzberger von Bruchsal (H. A. A.) nach Bruchsal; der Eisenbahnsteuerassistent Ruderer von Engen nach Tengen, Wurtz von Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Gelobten: der Steuersekretär Degen in Mannheim (H. A. A. Redarhadt).

Abteilung für Besteuerung und Verrechnungen.

Ernannt: zum Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Balthaus in Konstanz und Stöckinger in Durlach; zu Steuerinspektoren der Postinspektion Weidach in Donaueschingen, der Eisenbahninspektion Fetting in Karlsruhe (H. A. A.), Dettmeyer in Offenburg, Gandel in Heidelberg, Gagen in Neustadt, Hilberer in Freiburg (H. A. A.), Zille in Bruchsal, Maffler in Mannheim (H. A. A.), Rader in Billingen, Pfeiffer in Donaueschingen, Schaefer in Freiburg (H. A. A.), Haager in Baden, Schaefer in Mannheim (H. A. A.), Schmidt in Freiburg (H. A. A.), Stegmann in Sinsheim, Tröndle in Mosbach, Walch in Mannheim (H. A. A.) und Wieland in Forstheim (H. A. A.); zu Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Gersbach in Bruchsal, Schill in Bruchsal und Söll in Bruchsal, der Eisenbahnsekretär Fürt in Heidelberg und der Postsekretär Scheffel in Wollach; zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Stelbrunner in Bruchsal; zum Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Wagner in Bruchsal (H. A. A.); zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Ruderer in Engen nach Tengen, Wurtz in Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Verleitet: der Oberregierungsrat Müller von Berlin (H. A. A.) als Vorsteher des H. A. nach Durlach; der Obersteuersekretär Christophel von Weinheim nach Forstheim (H. A. A.), Rabel von Bruchsal nach Bruchsal und Schmitzberger von Bruchsal (H. A. A.) nach Bruchsal; der Eisenbahnsteuerassistent Ruderer von Engen nach Tengen, Wurtz von Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Gelobten: der Steuersekretär Degen in Mannheim (H. A. A. Redarhadt).

Abteilung für Besteuerung und Verrechnungen.

Ernannt: zum Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Balthaus in Konstanz und Stöckinger in Durlach; zu Steuerinspektoren der Postinspektion Weidach in Donaueschingen, der Eisenbahninspektion Fetting in Karlsruhe (H. A. A.), Dettmeyer in Offenburg, Gandel in Heidelberg, Gagen in Neustadt, Hilberer in Freiburg (H. A. A.), Zille in Bruchsal, Maffler in Mannheim (H. A. A.), Rader in Billingen, Pfeiffer in Donaueschingen, Schaefer in Freiburg (H. A. A.), Haager in Baden, Schaefer in Mannheim (H. A. A.), Schmidt in Freiburg (H. A. A.), Stegmann in Sinsheim, Tröndle in Mosbach, Walch in Mannheim (H. A. A.) und Wieland in Forstheim (H. A. A.); zu Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Gersbach in Bruchsal, Schill in Bruchsal und Söll in Bruchsal, der Eisenbahnsekretär Fürt in Heidelberg und der Postsekretär Scheffel in Wollach; zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Stelbrunner in Bruchsal; zum Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Wagner in Bruchsal (H. A. A.); zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Ruderer in Engen nach Tengen, Wurtz in Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Verleitet: der Oberregierungsrat Müller von Berlin (H. A. A.) als Vorsteher des H. A. nach Durlach; der Obersteuersekretär Christophel von Weinheim nach Forstheim (H. A. A.), Rabel von Bruchsal nach Bruchsal und Schmitzberger von Bruchsal (H. A. A.) nach Bruchsal; der Eisenbahnsteuerassistent Ruderer von Engen nach Tengen, Wurtz von Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Gelobten: der Steuersekretär Degen in Mannheim (H. A. A. Redarhadt).

Abteilung für Besteuerung und Verrechnungen.

Ernannt: zum Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Balthaus in Konstanz und Stöckinger in Durlach; zu Steuerinspektoren der Postinspektion Weidach in Donaueschingen, der Eisenbahninspektion Fetting in Karlsruhe (H. A. A.), Dettmeyer in Offenburg, Gandel in Heidelberg, Gagen in Neustadt, Hilberer in Freiburg (H. A. A.), Zille in Bruchsal, Maffler in Mannheim (H. A. A.), Rader in Billingen, Pfeiffer in Donaueschingen, Schaefer in Freiburg (H. A. A.), Haager in Baden, Schaefer in Mannheim (H. A. A.), Schmidt in Freiburg (H. A. A.), Stegmann in Sinsheim, Tröndle in Mosbach, Walch in Mannheim (H. A. A.) und Wieland in Forstheim (H. A. A.); zu Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Gersbach in Bruchsal, Schill in Bruchsal und Söll in Bruchsal, der Eisenbahnsekretär Fürt in Heidelberg und der Postsekretär Scheffel in Wollach; zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Stelbrunner in Bruchsal; zum Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Wagner in Bruchsal (H. A. A.); zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Ruderer in Engen nach Tengen, Wurtz in Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Verleitet: der Oberregierungsrat Müller von Berlin (H. A. A.) als Vorsteher des H. A. nach Durlach; der Obersteuersekretär Christophel von Weinheim nach Forstheim (H. A. A.), Rabel von Bruchsal nach Bruchsal und Schmitzberger von Bruchsal (H. A. A.) nach Bruchsal; der Eisenbahnsteuerassistent Ruderer von Engen nach Tengen, Wurtz von Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Gelobten: der Steuersekretär Degen in Mannheim (H. A. A. Redarhadt).

Abteilung für Besteuerung und Verrechnungen.

Ernannt: zum Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Balthaus in Konstanz und Stöckinger in Durlach; zu Steuerinspektoren der Postinspektion Weidach in Donaueschingen, der Eisenbahninspektion Fetting in Karlsruhe (H. A. A.), Dettmeyer in Offenburg, Gandel in Heidelberg, Gagen in Neustadt, Hilberer in Freiburg (H. A. A.), Zille in Bruchsal, Maffler in Mannheim (H. A. A.), Rader in Billingen, Pfeiffer in Donaueschingen, Schaefer in Freiburg (H. A. A.), Haager in Baden, Schaefer in Mannheim (H. A. A.), Schmidt in Freiburg (H. A. A.), Stegmann in Sinsheim, Tröndle in Mosbach, Walch in Mannheim (H. A. A.) und Wieland in Forstheim (H. A. A.); zu Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Gersbach in Bruchsal, Schill in Bruchsal und Söll in Bruchsal, der Eisenbahnsekretär Fürt in Heidelberg und der Postsekretär Scheffel in Wollach; zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Stelbrunner in Bruchsal; zum Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Wagner in Bruchsal (H. A. A.); zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Ruderer in Engen nach Tengen, Wurtz in Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Verleitet: der Oberregierungsrat Müller von Berlin (H. A. A.) als Vorsteher des H. A. nach Durlach; der Obersteuersekretär Christophel von Weinheim nach Forstheim (H. A. A.), Rabel von Bruchsal nach Bruchsal und Schmitzberger von Bruchsal (H. A. A.) nach Bruchsal; der Eisenbahnsteuerassistent Ruderer von Engen nach Tengen, Wurtz von Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Gelobten: der Steuersekretär Degen in Mannheim (H. A. A. Redarhadt).

Abteilung für Besteuerung und Verrechnungen.

Ernannt: zum Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Balthaus in Konstanz und Stöckinger in Durlach; zu Steuerinspektoren der Postinspektion Weidach in Donaueschingen, der Eisenbahninspektion Fetting in Karlsruhe (H. A. A.), Dettmeyer in Offenburg, Gandel in Heidelberg, Gagen in Neustadt, Hilberer in Freiburg (H. A. A.), Zille in Bruchsal, Maffler in Mannheim (H. A. A.), Rader in Billingen, Pfeiffer in Donaueschingen, Schaefer in Freiburg (H. A. A.), Haager in Baden, Schaefer in Mannheim (H. A. A.), Schmidt in Freiburg (H. A. A.), Stegmann in Sinsheim, Tröndle in Mosbach, Walch in Mannheim (H. A. A.) und Wieland in Forstheim (H. A. A.); zu Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Gersbach in Bruchsal, Schill in Bruchsal und Söll in Bruchsal, der Eisenbahnsekretär Fürt in Heidelberg und der Postsekretär Scheffel in Wollach; zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Stelbrunner in Bruchsal; zum Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Wagner in Bruchsal (H. A. A.); zu Steuerassistenten der Eisenbahnsteuerassistenten Ruderer in Engen nach Tengen, Wurtz in Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Verleitet: der Oberregierungsrat Müller von Berlin (H. A. A.) als Vorsteher des H. A. nach Durlach; der Obersteuersekretär Christophel von Weinheim nach Forstheim (H. A. A.), Rabel von Bruchsal nach Bruchsal und Schmitzberger von Bruchsal (H. A. A.) nach Bruchsal; der Eisenbahnsteuerassistent Ruderer von Engen nach Tengen, Wurtz von Tengen nach Engen und Werner von Gernsbach nach Karlsruhe (H. A. A.); der Steuerassistent H. A. A. in Karlsruhe (H. A. A.) nach Gernsbach.

Gelobten: der Steuersekretär Degen in Mannheim (H. A. A. Redarhadt).

Abteilung für Besteuerung und Verrechnungen.

Ernannt: zum Obersteuersekretären die Obersteuersekretäre Balthaus in Konstanz und Stöckinger in Durlach; zu Steuerinspektoren der Postinspektion Weidach in Donaueschingen, der Eisenbahninspektion Fetting in Karlsruhe (H. A. A.), Dettmeyer in Offenburg, Gandel in Heidelberg, Gagen in Neustadt, Hilberer in Freiburg (H. A. A.), Zille in Bruchsal, Maffler in Mannheim (H. A. A.), Rader in Billingen, Pfeiffer in Donaueschingen, Schaefer in Freiburg (H. A. A.), Haager in Baden, Schaefer in Mannheim (H. A. A.), Schmidt in Freiburg (

Zweierlei Währungen.

über die wertbeständige Zahlung der Gehälter und Löhne heißt es am Ende: Wie bekannt, ist die Reichsregierung den Ländern und Gemeinden die Forderung wertbeständiger Zahlungsmittel (Reichsgoldanleihe) in Aussicht gestellt, damit die Zahlung der Gehälter und Löhne für die zweite Novemberwoche zu einem Anleihen in Reichsgoldanleihe erfolgen könne. Die Reichsregierung hat durch einen besonderen Bevollmächtigten bei der Reichsregierung Schritte in der Richtung unternommen, daß Väter bei der Zuteilung der Goldanleihe keinen größeren Anteil erhalte. Die Reichsregierung hat sich zugleich und die hierzu nötigen Weisungen erteilt. Sie hat aber gleichzeitig darauf hingewirkt, daß ihr insoweit für Reich, Länder und Gemeinden zunächst ein bestimmter fester Betrag zur Verfügung stehe, dessen rechtzeitige Zuteilung auf die einzelnen Klassen nicht unbedeutend technische Schwierigkeiten mit sich bringt. — Die Mitteilung hat ihr Gültigkeit für die staatlichen und gemeindlichen Arbeitnehmer.

des Milche

Der Millionengarten.
Roman von Reinhold Grimm.
(16) ————— (Nachdruck verboten.)

Roman von Reinhold Grimm.

Mittheilungen des Bad. Landestheaters.

Chronik der Vereine.

Erste Karlsruher Mandolinengesellschaft. Zu dem am 1. März 1893 abgehaltenen Besuche am letzten Samstag im kleinen Festsaal veranstalteten Festkonzert hatten sich das Publikum zu zahlreichen eingekunden, daß die Saal bis auf den letzten Platz besetzt war. Der glänzende Verlauf des Abends rechtfertigte dieses Interse in vollem Maße. Unter der siesherigen Leitung seines

Erste Karlsruher Mandolinengesellschaft. Zu dem am
täglich ihres Mößrigen Besiehens am letzten Samstag
im kleinen Reithalleaal veranstalteten Festkonzert hat
sich das Publikum so zahlreich eingesunden, daß die
Saal bis auf den letzten Platz besetzt war. Der glän
zende Verlauf des Abends rechtfertigte dieses Interes
in vollem Maße. Unter der gelsicherten Leitung seiner

Wollen wir es nicht lieber lassen, wie es ist? Ich möchte nicht auf einen einzigen Tag von dir fern sein.“

Standesbuch-Anzüge.
Todesfälle. 4. Nov.: Ludwig Ritter Edler v. Traut-
teur, Apotheker, Ehemann, alt 50 Jahre. — 5. Nov.
Kath. Vorr, alt 81 Jahre, Witwe des k. k. Oberbergrath-
sachs Friedrich Vorr; Maria Freisrau v. Schönau
Vehr, alt 68 Jahre, Witwe des Generalleutnant
Maximilian Freisrau v. Schönau-Vehr.

— Karlsruhe, 6. Nov. Der Photograph Richard Bucher aus Mägenheim sollte sich wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik vor der Strafkammer verantworten. Der Anzeigende war aber zu der Verhandlung nicht erschienen, hatte vielmehr mitgeteilt, daß das Gesetz zum Schutze der Republik noch einer Verurteilung des Generalstaatskommissars vom 28. September für ganz Bayern aufgehoben sei und daß er (Bucher) der in Münden anständig in desfalls seinen Grund habe, vor dem Karlsruhe Gericht zu erscheinen. Aus den anschließenden Bemerkungen des Vertreters der Staatsanwaltschaft ging hervor, daß Bucher, als er im Sommer 1923 in Baden-Baden beruflich tätig war, sich durch Tragen des Hakenkreuzes gegen das Republikgesetz vergangen habe. Das Gericht beschloß Haftbefehl gegen den Angeklagten zu erlassen und ihn zwangsweise der Karlsruhe Strafkammer vorzuführen. — Wegen Betrugs

Merker in seinem Beruf gehabt. Aber es muß

Schlüsselzahlen des 7. November.

Schlüsselzahl des Vereins deutscher Fernschreiber
für Anzeigenaufträge: 130 Millionen.
Schlüsselzahl für das Buchdruckgewerbe: 5 Milliarden
Buchhändler-Schlüsselzahl: 100 Milliarden.

Gerechte Verteilung.

Briefkasten

D. S. Dollarstand am 14. Oktober 1922 in Berlin.
2721,59 Geld, 2728,40 Brief.

Wittwoch, den 7. November 1923.

Packungen jeder Art

Künstlergraphik, Kartenstich, Kartendruck

(Fortsetzung folgt.)

Aus Baden

Badischer Städteverband.

= Karlsruhe, 6. Nov. Der Badische Städteverband hielt in der vorigen Woche unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Balz, Heidelberg, im Rathaus zu Karlsruhe eine Vorstandssitzung ab. Den Hauptgegenstand der Beratung bildete die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln und Brennstoffen. Die derzeitigen Schwierigkeiten in der Brotversorgung liegen in der Ueberleitung der Getreidezwangswirtschaft in die freie Wirtschaft, die von der Getreidegewinnung nicht rechtzeitig vorbereitet worden war. Daß die Städte bei dieser Ueberleitung nach Kräften mitzuwirken entschlossen sind, bedarf keiner besonderen Betonung. Bei ihrer katastrophalen Finanzlage sind sie aber außerstande, die zur Durchführung der Brotversorgung erforderlichen außerordentlich hohen Mittel selbst aufzubringen. Eine reibungslose Fortführung der Versorgung ist nur möglich, wenn den Gemeinden ausreichende Kredite durch die Reichsbank auf längere Fristen in nicht wertbeständiger Form zur Verfügung gestellt werden.

Was für die Brotversorgung gilt, muß in gleicher Weise auch für die Kartoffelversorgung verlangt werden. Sonst ist die Anlegung von Winterreserven ein Ding der Unmöglichkeit. Die Gründung eines Gemeindeverbands, der die kommunale Feuerversicherung wird grundsätzlich beschließen. In anderen deutschen Ländern sind derartige kommunale Selbstversicherungen schon gebildet. Die Rückversicherung soll bei dem durch den deutschen Städteverband genommen werden.

Die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge ist ab 1. November 1923 neu geregelt. Bis zur Durchführung der Neuregelung fehlen den Gemeinden, die Erwerbslosenunterstützungen auszubahlen haben, die Mittel hierfür. Es muß daher zur Vermeidung von Schwierigkeiten verlangt werden, daß das Land für diese Übergangszeit die nötigen Beiträge zur Verfügung stellt.

Wiederholt ist der Städteverband dahin vorstellig geworden, daß das Land zur Behebung der Erwerbslosigkeit umfangreiche Notstandsarbeiten in die Wege leitet. Es soll in diesem Sinn ernste dringliche Vorstellungen erhoben werden.

Der Vorstand beschäftigte sich ferner mit einer Reihe von weiteren Fragen, wie der Unterrichtszeit an den Volkshochschulen, dem Parteipolitikunterricht an der Mädchenfortbildungsschule, der Wohnungsmangelgesetzgebung und anderem.

Die Verpflichtung zur Kartoffelversorgung.
= Karlsruhe, 6. Nov. Das Staatsministerium hat heute eine Verordnung erlassen, wonach durch Anordnung des Ministers des Innern die Gemeinden mit Kartoffelbau (sow. Pflanzengemeinden) verpflichtet werden können, an Bedarfsgemeinden bestimmte Mengen von Kartoffeln zur Verfügung zu stellen. Die Anordnung zur Lieferung ergibt an den Gemeinderat, der die zur Lieferung aufzuehenden Mengen an die in seiner Gemeinde wohnenden Erzeuger umzulegen hat. Die Gemeinde ist für die vollständige und rechtzeitige Lieferung der Kartoffeln in guter Beschaffenheit verantwortlich. Von der Empfangsgemeinde werden die Kartoffeln zum Tagespreis übernommen. Kartoffelerzeugern, die schuldhafterweise ihrer Ablieferungsfrist nicht rechtzeitig oder unvollständig nachkommen, sind die Kartoffeln im Wege des Zwanges durch den Bürgermeister wegzunehmen. Eine Entschädigung für diese beschlagnahmten Kartoffeln wird nicht geleistet. Erhöhterfalls sind die Kartoffeln auf Kosten des Erzeugers durch Beauftragte des Bürgermeisters zu ernten. Bei Zuwiderhandlungen wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe, deren Höchstmaß unbeschränkt ist, eingeschritten.

Eine neue badische Stadt.
= Vörsach, 6. Nov. Bekanntlich hat sich das Reich — das Reichsverkehrsministerium vor allem — infolge der fortwährenden Entwertung der deutschen Mark gezwungen gesehen, die bisher in Basel wohnenden Beamten von dort auszusiedeln und ihnen Wohnungen auf badischem Gebiet zu erstatten und anzumieten. In der Umgegend von Vörsach, in Galtlingen, Leopoldshöhe und Well ist nun in der letzten Zeit eine neue Stadt entstanden. Neben den in den letzten Jahren in Galtlingen für die an der dortigen Eisenbahnwerkstätte beschäftigten Beamten und Arbeiter errichteten zwei großen Wohnkolonien wird demnächst eine recht ansehnliche „Gartenstadt“ fertig, in der u. a. auch schon etliche deutsche Pensionäre ihr unfreiwilliges „Altersheim“ aufzufinden müßten. Es heißt eben, vor nicht aus Basel aussieht, bekommt sein Ruhegehalt nicht mehr in Schweizer Währung, sondern in deutschem Papiergeld.

In Leopoldshöhe, wo noch vor zwei Jahren außer dem Bahnhof und einem Zollbeamtenwohngebäude nur eine Kirche mit Pfarrhaus und zwei Wirtschaften vorhanden waren, sind jetzt vierstöckige Wohnhäuser mit verblüffenden Geschicklichkeiten entstanden. Unter den verschiedenen Firmen fehlt auch natürlich eine Bankvertretung nicht. An der Straße Leopoldshöhe-Well wurden links Beamtenwohnungen, Schloß, Gerbereien und Schuhfabriken, Verkaufsstände und Privathäuser errichtet, aber das Feld rechts der Weilerstraße bis an die Bahnlinie Leopoldshöhe-Vörsach und bis zum Dorfrand Well am Rande des Tülinger Süßes ist für die hauptsächlich in Betracht kommende große Wohnkolonie in Verwendung genommen. In dem von der Bauengesellschaft errichteten westlichen Teil werden etwa 125 Wohnungen, meistens Zweifamilienhäuser, und in dem von der deutschen Reichsbahn errichteten östlichen Teil der Kolonie werden etwa 550 Wohnungen in 140 Häusern zur Verfügung stehen. Auf jede Wohnung kommen noch ungefähr 200 Quadratmeter Gartenland und dazu Stallungen für das Kleinvieh. In der Mitte der Siedlung liegt der Marktplatz, umrahmt von dreistöckigen Geschäftshäusern. Alle Wohnungen sind mit Gas- und

Wasserleitung und elektrischer Beleuchtung ausgestattet. Das Schulhaus mit Turnhalle wird augenblicklich errichtet.

= Bruchsal, 6. Nov. In der Maschinenfabrik Josef Bögele & Co. Mannheim kam der Arbeiter Peter Schmitt von Kirchbach zwischen die Räder zweier Wagen und wurde so schwer verletzt, daß er alsbald starb.

= Pforzheim, 6. Nov. Auf der Straße nach Brühlingen wurde am Samstagabend ein älterer verheirateter zur Zeit arbeitsloser Goldarbeiter, der in einem Handford Schwaben trug, von vier bis 28 Jahre alten Männern überfallen, mit Gummiknüppeln niedergeschlagen und seiner Burschenschaft beraubt.

= Heidelberg, 6. Nov. Die Polizei beschlagnahmte hier einen Eisenbahnwagen Kartoffeln, weil der betreffende Kartoffelhändler von Karlsruhe den Wagen wieder an den Abnehmer zurückgeben wollte, da die Zahlung in Goldmark vom Abnehmer verweigert wurde.

= Neckarbischofsheim, 6. Nov. In Reichartsheim waren einige Kinder auf den Gedanken gekommen, „Aufhängerles“ zu spielen. Ein kleines Mädchen wurde auch richtig aufgehängt. Glücklicherweise kam eine erwachsene Person dazu, die das schon benutzte Kind aus seiner Lage befreite.

= Eberbach, 6. Nov. Auf der Straße nach Oberdiebach kam der Kraftwagen in Brand und wurde innerhalb weniger Minuten bis auf die Asche zerstört. Durch die Unflucht des Wagenführers kam in dem vollbesetzten Wagen niemand zu Schaden, ebenso konnten die Post, das Gepäck und der Anhängewagen gerettet werden.

= Wehrheim, 6. Nov. Zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit beabsichtigt die Rhein-Main-Donau A.-G. den alsbaldigen Ausbau der seit langer Zeit im Plan fertigen Mainkaufstufen und Kraftwerke durchzuführen. Nach Möglichkeit sollen die sieben Wasserkraftwerke Schaffenburg, Kleinbach, Bärth, Steinbach, Harrbach, Erlabrunn und Lindbach ausgebaut werden. Die gesamten Neubauten betragen 35 Millionen Goldmark. Hierfür sollen Reich und Bayern 40 Prozent und der Rest die Rhein-Main-Donau A.-G. übernehmen.

= Rastatt, 6. Nov. Am Sonntag ist in Baden-Baden M. Gräfinger, Seniorschef der Firma P. M. Gräfinger-Rastatt im hohen Alter von 79 Jahren gestorben. Durch seine soliden kaufmännischen Grundzüge hat er das im Jahre 1869 erworbene Manufakturwarengeschäft zu großer Blüte gebracht. Der Verstorbene war viele Jahre Mitglied des Bürgerausschusses und dann des Gemeinderates Rastatt, dem er als Vertreter der Zentrumspartei angehörte. Im Jahre 1900 kandidierte er für seine Partei für die Landtagswahlen für die Stadt Rastatt. Er war ferner Mitglied des Bezirks- und des Kreisrates Baden. Auch nachdem er sich in den Ruhestand zurückgezogen hatte, stellte er sein Wissen und Können den Volkswirtschaftsinstitutionen zur Verfügung. Als Aufsichtsrat gehörte er der „Rastatter Zeitung“ G. m. b. H. seit ihrer Gründung an.

= Bühl, 6. Nov. Bei der Bürgermeisterwahl in Kappelwinden wurde Gemeinderichter H. S. I. gewählt. Bei der Bürgermeisterwahl in Neuwiler fiel die Mehrheit der Stimmen auf den Vorstand der Bürgergenossenschaft Bezirksrat Sandwirt Hermann Meier.

= Willstätt (b. Kehl), 6. Nov. Zur Zeit in Nachschicht in Willstätt und Neumühl wird im Gange. Man kann fast täglich den Farnbach beobachten.

= Vörsach, 6. Nov. Die Bauhandwerker Bezirk Vörsach einschließlich Leopoldshöhe waren gestern in den Ausstand getreten, weil die fälligen Bädermeister ihre Waren nicht mehr gegen Papiermark, sondern nur noch gegen Goldmark oder Schweizer Franken abgeben wollten. Die Staatsanwaltschaft ließ daraufhin einen Bädermeister verhaften und andere vorladen, worauf die Bäder wieder von ihrer Forderung Abstand nahmen.

= Von der Insel Reichenau, 6. Nov. Die Demonstration einiger Reichenauer Fischer vor dem Zollamt, weil einem Fischer ein Frankenscheißer und sein Schiff von der deutschen Zollbehörde beschlagnahmt worden war, scheint ein bißchen nach Spiel zu haben. Der Vorstand des Fischereivereins Reichenau mit mehreren Demonstrationsteilnehmern ist nämlich von der Zollverwaltung verhaftet worden. Da die Demonstration unter dem Ausnahmefall begangen wurde, so dürften strenge Strafen in Aussicht stehen.

Aus Nachbarländern

= Heilbronn, 6. Nov. Auf der Straße zwischen Heilbronn und Würzburg wurde der 52-jährige Bauer H. auf von Würzburg von einem leichtesten Automobil überfahren und getötet. Die Insassen des Autos flüchteten sich um den Verletzten, sondern fußen davon.

Wirtschafts- und Handelszeitung

Die Goldmark

am 6. Nov. berechnet nach dem amtlichen Berliner Dollarkurs, 1 Dollar = 4.20 Mk. Vorkriegswert.

100 250 000 000 Papiermark.

Goldanleihe 420 Milliarden
Zuteilung 1 Prozent.

Dollarschatzanweisungen nicht notiert.

Berliner Börse.

Devisen unverändert.

w. Berlin, 6. Nov.

Ungachtet der unverändert dringenden Nachfrage wurden die Devisenpreise bei verschärfter Reparitur wieder auf den gestrigen Stand festgesetzt.

Für Effekten rechnet man mit einem Anhalten der Aufwärtsbewegung. Aus Börsenkreisen verlautet, daß eine Schließung der Börse, von der in der Presse und in der Öffentlichkeit verschiedentlich gesprochen wurde, nicht gedacht werde.

Goldanleihe 420, zuteilhaft ca. 1 Prozent.

Dollarschatzanweisungen nicht notiert.

Die Berliner Kurse wurden von uns gestern in Billionen Mark notiert. Ein technisches Versehen hatte aus Billionen das früher einmal übliche Wort Billionne gemacht, das aber einen ganz andern Wert darstellt. Aus technischen Gründen blieben die Frankfurter einstweilen unverändert.

Mannheimer Produktenbörse.

K. Mannheim, 5. Nov. Die Stimmung ist sehr fest, doch ist das Geschäft minimal infolge der Schwierigkeiten in Beschaffung von Goldanleihe. Die Forderungen, die heute gestellt werden, lauten alle auf Goldanleihe. So verlangt man für Weizen 6-6,20, für Roggen 5,50, für Gerste 4,8, für Hafer 4-4,5, Weizenmehl, Basis 0, 8,5, Roggenmehl 8, alles in Goldanleihe pro 100 kg, frei Waggon Mannheim.

Mannheimer Kolonialbörse.

Tendenz fest. Kaffee Santos 3,50-3,80, desgleichen gewaschen 4,30-4,80, Tee, mittel 7-8,90, fein 9-9,90, gut 10-11, Kakao, indonesischer 3 bis 3,50, holländischer 3,40-3,80, Reis, Burma, 0,44, Weizenroggen und Hart-Weizenroggen 0,55, Zucker 0,85 je ein Kilo Goldmark Dollarbasis.

Berliner Produktenbörse.

Amtliche Notierungen: (Preise in Goldmark für 10 Ztr. Getreide oder 1 Doppelztr. Mehl.) Märkischer Weizen 189-197,50, Tendenz weichend. Märkischer Roggen 184,50-189, Tendenz steigend. Sommergerste 180,50-184,50, Tendenz ruhiger. Märkischer Hafer 163-166, Tendenz ruhig. Weizenmehl, ohne Geschäft. Roggenmehl ohne Geschäft. Weizenkleie 8-8,40, Tendenz matt. Roggenkleie 8-8,40, Tendenz matt. Victoriaerbsen 43-52, kleine Speiseerbsen 33-36, Rapskuchen 15,50-16, Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 0,80-1,00, Haferstroh, drahtgepreßt 0,70-0,90, Roggen- und Weizenstroh, bindfadengepreßt 0,90 bis 1,00, gebündeltes Roggenlangstroh 0,90-1,00, Wiesenhheu 0,70-0,90.

Geheimer Kommerzienrat von Passavant ist in Frankfurt a. M. gestorben.

Der Stadtgemeinde Engen wurde die Genehmigung erteilt, wertbeständige Schuldverschreibungen bis zum Gegenwert von 3000 Festmetern Nadelnholz 3. Klasse auszugeben.

Gebr. Keller Nachf., A.-G. Freiburg. In der Generalversammlung wurde eine Kapitalerhöhung um 6,40 M auf 12,4 Millionen beschlossen. Die Dividende von 1000 Prozent wurde auf Antrag eines Aktionärs infolge der Geringfügigkeit und Unkosten, die die Zahlung verursachen würde, dem Reservefond überwiesen. Ein Teil der freien Aktien soll für die Einführung der Frankfurter Börse verwendet werden.

Ludwigsgewerb Lack- und Lackfarbenfabrik A.-G., Ludwigshafen. Die am 1. November abgehaltene Generalversammlung genehmigte eine Ka-

pitalerhöhung von 95 auf 120 Mill. Mark durch Ausgabe von 2500 Inhaberkarten zu je 10 000 Mark unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre. Die jungen Aktien sind für das laufende Geschäftsjahr gewinnberechtigt. Die Kosten der Kapitalerhöhung trägt die Gesellschaft. Die neuen Aktien werden von einem Konsortium zum Kurse von 1000 Prozent übernommen. Sie sollen nach Weisung des Aufsichtsrates im Interesse der Gesellschaft verwertet werden.

Die Handelsbeziehungen mit Russland und den Randstaaten. Nach den verschiedenen Ausstellungen landwirtschaftlicher Maschinen, u. a. in Riga, Moskau, die reiche Belegung auch der deutschen Landmaschinenindustrie brachten, fand als letzte Ausstellung in diesem Jahre im vergangenen Monat eine landwirtschaftliche Ausstellung in Kowno statt, auf der deutsche Firmen beachtenswerte Erfolge erzielten. Die ausgestellten verschiedenartigen Maschinen bezeugten auch das reges Interesse und Anerkennung. So wurde der Firma Heinrich Lanz in Mannheim für ihre dort ausgestellten Maschinen, Hand-, Gabel-, Motordreschmaschinen usw. von dem Ausstellungs-komitee die goldene Medaille mit Diplom zuerkannt.

Hamburger Altmittelmarkt. 6. Nov. Kupfer 52,10-54,10, Rotguss 42-45, Messing, leicht 31 bis 33, Messingspäne 30-32, Messingguß 33,10-36, Blei 18-19,10, Zink 19-21.

Mannheim, 5. Nov. Den heutigen Viehmarkt waren zugefahren: 103 Ochsen, 49 Bullen, 240 Kühe und Rinder, 103 Kälber, 8 Schafe, 349 Schweine, 34 Arbeitspferde, 15 Schlachtpferde. Die Preise bewegten sich in Goldmark pro 50 kg Lebendgewicht: Ochsen, Kl. a) 48-50, Kl. b) 44-46, Kl. c) 40-44, Kl. d) 36-38, Bullen, Kl. a) 44-48, Kl. b) 40-44, Kl. c) 34-38, Kühe, Kl. a) 49-50, Kl. b) 46-48, Kl. c) 40-44, Gering genährte Jungvieh (Färsen) Kl. a) 36-38, Kl. b) 28-32, Kälber, Kl. b) 60-63, Kl. c) 58-60, Kl. d) 55-58, Kl. e) 50-55, Schafe, Kl. a) 45-50, Kl. b) 40-45, Kl. c) 30-35, Schweine nicht notiert. Arbeitspferde 20-50 Billionen, Schlachtpferde 5-10 Billionen.

Markenverlauf: mit Großvieh mittelmäßig, kleiner Ueberstand mit Kälbern mittelmäßig, geräumt, mit Schweinen mittelmäßig nicht ausverkauft. Eine Preisfestsetzung für Schweine wurde nicht vorgenommen.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie die natürlichen Gewichtsverluste ein, müssen sich also nicht unerheblich über die Stallpreise stellen.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Papiermark zu Goldmark.

Zur Vorbereitung der Festsetzung eines amtlichen Umrechnungssatzes für die Papiermark in Goldmark hat der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, wonach jeder Verkäufer der Preise in Gold oder Goldanleihe berechnen, verpflichtet ist. Papiermark nach dem amtlichen Umrechnungssatz der Berliner Börse anzunehmen. Der Plan für die Sicherung eines festen Umrechnungssatzes durch Einführung der Papiermark in einen bestimmten Wert liegt dem Reichskabinett zur Beschlußfassung vor.

Berliner Kurs und Verträge.

Der Reichspräsident hat am 5. November 1923 auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Bei vertraglichen Verpflichtungen, die nach dem außerordentlichen Kurs der Mark bemessen sind, kann die Erfüllung während der Geltungsdauer dieser Verordnung verweigert werden, sofern der Verordnungsgeber die Annahme der Leistungen auf der Grundlage des Berliner Kurses der Mark ablehnt.

§ 2. Die Reichsregierung bestimmt den Zeitpunkt des Außerfalltretens dieser Verordnung.

§ 3. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Als Verkündung gilt die Verbreitung durch das Reichliche Telegraphenbüro und die Veröffentlichung in der Presse.

Der Abbau der Außenhandelskontrolle.

Ab 1. November sind die den nachstehend bezeichneten Außenhandelsstellen und Außenhandelsstellen bisher zugehörenden Befugnisse zur Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen zurückgezogen. Von diesem Tage werden Bewilligungen aus dem Geschäftsbereich dieser Bewilligungsstellen ausschließlich nach Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, Berlin W 15, Liebenburgerstraße 18, erteilt werden. Die in fortlaufenden Außenhandels- und Außenhandelsstellen sind folgende:

Für den Bereich der deutschen Viehwirtschaft, Getreide (Eberfeld), Eisenwaren, Feinmechanik und Optik, Holzwaren, tendente Industrie, Bleistifte, Korndruck, Kunst, Lederindustrie, Metallgewerbe, Papierindustrie, Papierwaren, Schiffe, Spielwaren, Tabakgewerbe, Zigarettenindustrie. Die Befugnisse zur Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen aus dem Geschäftsbereich der Außenhandelsstelle für Steine und Erden, Charlottenburg, Ankerstraße 74, und der Außenhandelsstellen Feinkeramik, Berlin W 30, Leipzigerstraße 25, Glas, Berlin W 10, Göbenstraße 10, Natursteine, Hannover, Göttingerstraße 10, sind ab 1. November 1923 auf die Außenhandelsstellen Grobkeramik, Berlin W 7, Friedrichstraße 33, übertragen worden. Von diesem Tage an werden Ein- und Ausfuhrbewilligungen für Waren aus dem Geschäftsbereich dieser Stellen von der Außenhandelsstelle Grobkeramik ausgestellt und mit dem Reichstempel, den die Außenhandelsstellen Grobkeramik bisher geführt hat, sowie mit dem Namenstempel „Gramer“ versehen werden.

Devisennotierungen:

w. Berlin, 6. November.

MM = Millionen Mark; TM = Tausend Mark die Einheit.	6. November.	6. November.	6. November.
Amsterdam	144588 MM	145442 MM	144588 MM
Brüssel	20346 MM	21052 MM	20346 MM
Christians	53441 MM	63759 MM	63441 MM
Kopenhagen	73017 MM	73383 MM	73017 MM
Stockholm	112119 MM	112681 MM	112119 MM
Heidelberg	11373 MM	11428 MM	11373 MM
London	18953 MM	19047 MM	18953 MM
London	18953 MM	19047 MM	18953 MM
New York	418950 MM	421650 MM	418950 MM
Paris	24339 MM	24461 MM	24339 MM
Schweden	75411 MM	75781 MM	75411 MM
Spanien	56459 MM	56741 MM	56459 MM
Wien (alten)	5985 MM	6015 MM	5985 MM
Diach. Oest.	5985 MM	6015 MM	5985 MM
Prag	12469 MM	12469 MM	12469 MM
Budapest	22942 MM	23058 MM	22942 MM
Lissabon	16559 MM	16641 MM	16559 MM
Bulgarien	3990 MM	4050 MM	3990 MM
Buen-Aires	133665 MM	133665 MM	133665 MM
Japan	204488 MM	205612 MM	204488 MM
Rio de Jan.	37905 MM	38295 MM	37905 MM
„Moskauer“	4938 MM	4962 MM	4938 MM

Zuteilungen: Amsterdam-Rotterdam 3%, Buenos-Aires 3%, Brüssel-Antwerpen 3%, Christians 3%, Kopenhagen 3%, Stockholm 3%, Helsingfors 3%, Italien 3%, London 3%, New York 3%, Paris 3%, Schweiz 3%, Spanien 3%, Japan 3%, Rio de Janeiro 3%, Wien 3%, Prag 3%, Jugoslawien 3%, Sofia 10%.

Mittelkurs des Dollars: 420 Milliarden.

Unnotierte Werte.

Mitgeteilt von Baer & Klend, Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 10.

Alles circa in Billionen Mark für nom. 1000.—

oder je Stück:

Adler Kall	250	Pax, Industrie	10
Adl. Lokomotivwerke	25	Handels-A.G.	10
Baldur	25	Petersbrg. m.	10
Becker Kohle	200	Kaiser-Wagon	23
Becker Stahl	200	Rodi & Wiemannberger	10
Benz	10	Schuyag	10
Brown Boveri	50	Sichel	10
Deutshe Lastauto	350	Solman	10
Deutsche Petroleum	350	Tabak-Handels-A.G.	10
Germania Linoleum	10	Telechir	10
Grindler Zigaretten	10	Textil-Meyer	10
Großkredit-Württemb.	10	Turbo-Motoren	10
Hansa Lloyd	10	Ufa	10
Heidelberg Vorzüge-Akt.	10	Zuckerwaren Speck	10
Ilse	10	5% Rad Kohlenw.-Anl.	10
Itterbachwerke	10	6% Mannh. Kohlenw.-Anl.	10
Kabel Rheindt	240	7% Sachische Braun-	10
Kammerkirsch	0.15	kohlen-Anleihe	10
Karstadt	10	8% Rhein-Main-Donau	10
Knorr	10	9% Rhein-Anleihe	10
Krugershall	300	10% Neckarwerke Gold-	10
Landeswirtschaftsstelle	10	Anleihe	10
für das Badische Hand-	10	5% Preussische Kall-	10
werk	10	Anleihe pro 100 kg	10
Neilland Chem.	10	5% Stiechische Roggen-	10
Neurort-metall	10	wert-Anleihe n. Ztr.	10
Moninger Brauerei	10	5% Südd. Westwert-	10
Offenburger Spinnerei	10	bank-Obligationen	10